# DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

MIT DEMO-KALENDER ➲ Seite 6

*Nie wieder Maske: der Künstler Nikolai Binner ➲ Seiten 12/13*

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 101, Samstag 20. August 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

*Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben*


Sinne fähig sein muß, ihre Einwilligung zu geben; daß sie in der Lage sein muß, unbeeinflußt durch Gewalt, Betrug, List, Druck, Vortäuschung oder irgendeine andere Form der ... oder des Zwanges, von ihrem Urteilsvermögen Gebrauch zu ... das betreffende Gebiet in seinen Einzelheiten hinr... ...stehen muß, um eine verständige und informierte ... können. Diese letzte Bedingung macht es notw... ...rson vor der Einholung ihrer Zustimmung das Wes... ...weck des Versuches klargemacht werden; sowie die ... ...el, welche angewendet werden sollen, alle Unannehmlic... ...ahren, welche mit Fug zu erwarten sind, und die Folgen für ihre Gesundheit oder ihre Person, welche sich aus der Teilnahme ergeben mögen. Die Pflicht und Verantwortlichkeit, den Wert der Zustimmung festzustellen, obliegt jedem, der den Versuch anordnet, leitet oder ihn durchführt. Dies ist eine persönliche Pflicht

75 JAHRE Nürnberger Kodex

NIE WIEDER ZWANGSMEDIZIN

Das Thema ➲ Seite 7

**Erschütterung, Trauer, Zorn. Es geschieht – trotz der Warnungen:**

# KINDER-MASSENSTERBEN NACH CORONA-»IMPFUNG«

**Die Lei(d/t)medien und die Politik versetzen mit gebündelten Aktionen die Bevölkerung weiter in Angst und Schrecken. Noch immer sind schwersttraumatisierte Menschen mit Maske unterwegs, und das obwohl inzwischen hinlänglich bekannt ist, dass diese OP-Masken oder FFP-2 Masken nicht wegen Infektionsschutz verordnet wurden, sondern als Unterdrückungssymbol.**

*Von Dipl. rer. nat. Markus Fiedler*

Durch Titelstorys wie »Männer aufgepasst: Covid-Infektion kann Penis schrumpfen lassen« von *OE24.at* sollen Menschen wie schon bereits am Anfang der offiziell ausgerufenen Impfkampagne gegen Covid dazu überredet werden, mittels allerlei sexueller Versagensängste letzten Endes einer sogenannten »Impfung« zuzustimmen, die in Wahrheit eine lebensgefährliche genomverändernde Behandlung ist.

**»PAARE MIT KINDERWUNSCH SOLLTEN GEWARNT WERDEN«**

Der Erfinder der mRNA-Gentherapie Dr. Robert Malone warnt ausdrücklich vor den neuartigen mRNA-Präparaten von Pfizer und Co. Dass sich ein Gesundheitsminister Karl Lauterbach bei der unverhohlenen Werbung für die angeblichen »Impfungen« immer mehr in peinliche Widersprüche verstrickt, kann nur noch als gekonnte *Stand-up-Comedy* gewertet werden. Den Mann kann man nicht ernstnehmen. Der Gesundheitskomiker Karl Lauterbach will offenbar tatsächlich mit Beihilfe vom Internetgiganten Amazon sein Betätigungsfeld erweitern und tritt dort allen Ernstes als *Comedian* auf. Für einen echten Lacher sorgte er im Nachgang einer Pressekonferenz mit dem Vorzeigen seines Handys nebst Corona-Impfungs-QR-Code. Dieser widersprach laut App »CovPassCheck« seinen vorherigen Aussagen, er sei ein viertes Mal im Frühjahr 2022 »geimpft« worden. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Uns soll mit den »Pässen« eine Totalüberwachung von Staat und Konzernen reingedrückt werden. Weiter ➲ Seite 3

## WAS WILL DIE DEMOKRATIEBEWEGUNG?

***Der Fünf-Punkte-Plan.*** Die deutsche Demokratiebewegung strebt seit 28. März 2020 mit täglichen Abstimmungen im ganzen Land an: 1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. 2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. 3. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, Imperatives Mandat. 4. Volksentscheide in allen grundlegenden Angelegenheiten. 5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta.
*So steht es seit 28. März 2020 unter anderem auf der Bewegungsseite* NichtOhneUns.de.

#FreeBallweg

Ein Herz für Querdenker

Er ist erfolgreich und beliebt: Seit 29. Juni hält das antisemitische BRD-Regime den Volkshelden der Millionendemos gegen die Corona-Lüge rechtswidrig gefangen. Seit der Inhaftierung des Erfinders des »Freedom Phones« wächst die Demokratiebewegung täglich ➲ Seite 6

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 101. Ausgabe einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen in deutscher Sprache.


- Giorgio Agamben mit Preis der Republik geehrt, Seite 2
- Dr. Herthneck: Psychodynamik des Verbrechens, Seite 3
- Rechtsanwalt Dirk Sattelmaier zieht Bilanz, Seite 5
- Diktatur und Alltag: Sabiene Jahn im Interview, Seite 8
- Wirtschaftstitel mit Ploppa: »Die Gierflation«, Seite 9
- Kolumne Mittelstand von Wolfgang Greulich, Seite 10
- Neues von der Ostfront ohne Propganda, Seite 11
- Leuchtturm ARD für unabhängigen ÖRR, Seite 14
- Sport mit Berthold Seite 15
- Grundgesetz Seite 16

# Eingreifender Denker

***Der Preis der Republik geht an Prof. Giorgio Agamben.***
LAUDATIO von Anselm Lenz.



**Preferirei di no! Er galt bereits vor der selbsternannten Krone der Schöpfung (»Corona«) als bedeutendster lebender Philosoph.**

Seine Studien zu Biopolitik und Ausnahmezustand waren spätestens seit dem Dauerkrieg »gegen den Terror« in aller Munde. Mit dem Artikel »Erfindung einer Epidemie« (Il Manifesto vom 26. Februar 2020) inspirierte er mich und Millionen andere in der BRD, den Bruch von Regierungsmitgliedern mit dem Grundgesetz durch die »biohygienische Willkürherrschaft« nicht hinzunehmen. »Anstatt den fortschreitenden Verlust von Legitimität der institutionellen Gewalten« auch noch zu preisen, gingen wir unsere demokratische Erneuerung lieber auf Basis des Grundgesetzes an.

Der Co-Herausgeber dieser Zeitung seit Ausgabe #DW1 verteidigte den Widerstand gegen Verleumdungen von bestochenen Propagandakonzernen wie *Der Spiegel* und gewalttätige Apparatschiks. Die Rede ist vom großen Philosophen und eingreifenden Denker Professor Giorgio Agamben. Für seine gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Venedig, Massimo Cacciari, eröffnete »Kommission Zweifel, Vorbeugung und Aktionsstrategie« (DuPre) wird Agamben mit dem derzeit angesehendsten deutschen Öffentlichkeitspreis ausgezeichnet.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Prof. Giorgio Agamben. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn.




Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leser,

Sie gestatten das Kleingeschriebene... Danke! Nun:
Sie halten mittlerweile die 101. Ausgabe des Demokratischen Widerstands in den Händen. An die Freunde: Dank Ihnen! An die Gegner und (gar) Feinde: Bitteschön. – Es ist ein Wunder und Frucht konstanter, nichtaufreibender Arbeit.

Nun versuchen ein paar aufgestachelte Erben unter dem vorgespielten Grund der »Bildrechte« den Vertrieb der maßgeblichen Anthologie »Inszenierung einer Krise« (unten) zu verhindern. – Wobei sicher ist, dass A. Paul Weber und der Ernst ganz klar auf der Seite des Widerstands stehen. Wo denn sonst?

Passenderweise erscheint dazu in den kommenden Wochen das große »Corona-ABC« und zwar von Alarmismus bis Zensur des Bremers Sven Magnus Hanefeld in unserem Verlag. Nachwort: Beate Bahner.

Übrigens: Wer reich werden will, macht keine Zeitung oder Bücher. Zumindest nicht seit dem 17. Jhdt. Sondern wird Anwalt, Zahnarzt, IT-Trottel oder kauft Häuser mit dem Geerbten. Und steht fest auf der Seite der Macht.
Wir nicht. – Wir fordern Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung.
Hochachtungsvoll demokratisch

♡-lich, Sodenkamp Lenz



# Moralisches Getue

EINWURF *von Werner Köhne*

**Jetzt hats auch den durch die *Talkshows* mäandernden Karl Lauterbach erwischt: Corona. Ist das noch eine Nachricht wert?**

Während ich der Info nachsinne, verkündet auf Youtube eine Moderatorin mit irgendwie viel zu leuchtenden Augen, dass Putins Krieg selbst im Osten der Ukraine ins Stocken geraten sei. Kaum noch Truppenbewegung im Donezkbecken, frohlockt sie – und ein generalisierender General fügt der Einschätzung der Moderatorin Expertisen über die Zahl der Haubitzen bei. Na, geht doch!

Vielleicht hat ja Frau Baerbock doch recht mit ihrer Losung: Erst muss Russland besiegt werden – dann finden wir wieder zu Moral und Frieden. Vor allem zur Moral. Das ist den Coronierten samt Komparsen wichtig: Moral. Moral, Moral: Mich erinnert das ethische Getue an einen Satz aus der Antike: »Fiat iustitia et pereat mundus« (möge die Gerechtigkeit siegen, selbst wenn dabei die Welt untergeht).

Also noch mal: Die Russen müssen einfach verlieren. Deshalb her mit den Waffenlieferungen: das neue Credo der versifften Milieupartei »Die Grünen«. Ein weiterer Spruch, diesmal aus biblischen Zeiten, lautete »Auge um Auge, Zahn und Zahn«. Zur Zeit wird die uralte Rechtsprechung im Dunstkreis einer wahnhaften Ethik rundum erneuert.

Und wie sieht es mit den Affenpocken aus? Erste Zahlen – und Bilder – werden verlautbart und die ersten Toten sind registriert: Die Bataillone des verfehlten Lebens positionieren sich erneut. Bei abflachender Corona-Panik also ein Silberstreif am Himmel? Man gönnt sich ja sonst nichts. – Doch!

Der herrschende Diskurs gilt zur Zeit einem Lied: Layla. Ein Name wie ein »Zurück« ins Rotlichtmilieu der 60er. Vor vielen Jahren gab es schon mal ein Lied ähnlichen Namens. Darin die Zeile: »Leila/ nur die eine Nacht erwähle mich/ küsse mich und quäle mich/ denn ich liebe nur dich«. Das hatte damals noch etwas von ruchloser Leidenschaft, während die Layla heute mitten in den Genderwahn landete. Da stehen sich nun diese Bataillone gegenüber: die Ballermann-Brüllaffen gegen die härtesten Verfechter des korrekten Umgangs mit Geschlechterrollen.



FORTSETZUNG VOM TITELTEXT | VON MARKUS FIEDLER | **KINDER-MASSENSTERBEN NACH CORONA-»IMPFUNG«**

**Ein Schweizer Unternehmer namens Reto Gmür twittert, dass er »trotz fünf Impfungen und Paxlovid« offenbar laut beiliegendem Bild ein Bett im Krankenhaus beziehen musste. Nicht gern gesehen sind die zahlreichen Antworten von Lesern, die nachfragen, ob er »trotz oder wegen« seiner fünf Impfungen im Krankenhaus liege?**

Diese Frage allerdings haben wir beim DW mit zahlreichen Quellenangaben über sämtliche Ausgaben hinweg seit Beginn – und noch warnend vor – der Spritzenflut hinlänglich beantwortet. Das hätte Herr Gmür lesen können. Wir wissen inzwischen, dass Studien, die völlig realitätsfern einen »jahrelangen Schutz« der mRNA-Genpräparate von Biontech und Moderna anpreisen, nur durch sehr kreatives Informationsmanagement zu Stande gekommen sein können. So berichtet beispielsweise *Report24* unter Bezugnahme auf den Blogger Igor Tschudow, dass Versuchstiere bereits zwei Wochen (bezüglich des Präparates von Astrazeneca) beziehungsweise 24 Tage nach Beginn der Studien (bezüglich des Präparates BNT162b2 von Biontech) getötet worden sein sollen. Der kritische Leser fragt sich an dieser Stelle, ob das nicht dazu dienen könnte, Daten zu den Langzeitwirkungen und Nebenwirkungen zu verschleiern.

In der *Dailymail* aus Großbritannien kann man die Nachricht lesen, dass Gesundheitsexperten die amerikanischen Gesundheitsbehörden NIH und CDC in Scharen verlassen, weil sie sich für »schlechte Wissenschaft« schämen. Besonders die Empfehlung der Impfung für unter fünfjährige Kinder erregt ihren Unmut.

### LÜGEN MIT ZAHLEN

Dr. Clare Craig erklärt in einem Video eindrucksvoll, mit welchen unsauberen Statistik-Tricks Pfizer sein Gen-Impfungspräparat für Babys durchbekommen hat. Die Ergebnisse solch unglaublicher Zulassungspraktiken kann man inzwischen sogar in den offiziellen Statistiken sehen. In Großbritannien zeigt sich beispielsweise eine überdeutliche Sterblichkeit von »geimpften« im Vergleich zu »ungeimpften« Kindern. Aus den Zahlen des britischen nationalen Statistikbüros sei laut *expose-news.com* die wahren Todesraten der Kinder und Jugendlichen zu entnehmen, und das obwohl man durch statistische Tricks versucht habe, diese zu verheimlichen. Mittels eigener Rechnungen kam der Autor zu folgendem schockierenden Ergebnis: »Die Covid-19-Injektionen haben eine negative Wirksamkeit gegen den Tod von minus 966,67 Prozent bei teilweise geimpften Kindern und eine schockierende negative Wirksamkeit gegen den Tod von minus 13.633,33 Prozent bei dreifach geimpften Kindern. Dies ist nicht annähernd die von Pfizer behauptete 95-prozentige Wirksamkeit gegen den Tod, oder?«

Der Autor untermauert seine Daten mit zahlreichen Fußnoten und Bildbeweisen. *Impf-info.de* berichtet unter Bezug auf die Daten von *Euromomo* von einer alarmierenden zeitlichen Koinzidenz. Mit Beginn der Kinder-Gen-Impfungen stieg die Übersterblichkeit von Kindern sprunghaft an.

Der *Wochenblick* berichtet über Sargschreiner aus den USA. Diese schlagen Alarm. Zitat: »Die Besitzer [eines der größten Unternehmen der Branche] sagten, dass sie 20 Prozent mehr Särge verkaufen und dass der Verkauf von kleinen Särgen (für Kinder) seit Dezember 2021 um 400 Prozent gestiegen ist.«

Die israelische Journalistin Etana Hecht verifiziert diese Meldung. Das Lei(d/t)medium *euronews.com* fragt, »Warum es nach einer Corona-Infektion mit dem Kinderwunsch nicht klappt.« Und beantwortet die Frage mit: »Paare mit einem Kinderwunsch sollten gewarnt werden, dass die Spermienqualität nach einer Covid-19-Infektion suboptimal sein kann, so die Forscher:innen.«

### PERIODE BLEIBT AUS

Wie das mit den Gen-Impfungen und einem Kinderwunsch aussieht, beantwortet der Artikel allerdings nicht. Das norwegische Institut für öffentliche Gesundheit veröffentlichte dazu eine Studie, die ein vermehrtes Auftreten von Menstruationsstörungen bei 18 bis 30-jährigen Frauen nach Covid-19-Impfung thematisierte. In den USA ergab eine ähnliche Studie, dass 40 Prozent der Frauen nach Gen-Impfung über Zyklusstörungen klagten.

Das *Mainstream*-Medium *eutimes.net* berichtet: »In Bezug auf Covid-19 gehört Schweden zu den am häufigsten geimpften Nationen der Welt, wobei die Impfrate bei Menschen ab zwölf Jahren 87,1 Prozent erreicht. Die Zahl der Neugeborenen in Stockholm ist in diesem Jahr stark zurückgegangen und hat den niedrigsten Stand seit 2005 erreicht, und ähnliche Trends sind im Rest des Landes zu beobachten.« Erklären will sich das der Autor des zitierten Artikels aber nicht. Er hätte eine meiner Veröffentlichungen aus #DW54 vom 10. Juli 2021 lesen können, aus der hervorgeht, dass Impfungen während der Schwangerschaft bis Ende der 20. Schwangerschaftswoche in über 81 Prozent der Fälle zur Totgeburt des Kindes führen.




*Freiheit fängt mit einem klaren »Nein« an.* Foto: Hannes Henkelmann

### ÜBER 250 MILLIONEN FÜR ILLEGALE »IMPF«-WERBUNG

Der Chefarzt Dr. med. Markus Motschmann mahnt das Gesundheitsamt, dass der Krankenstand bei »geimpftem Personal fünfmal höher« sei. Eine Studie weist nach, dass etwa ein Drittel aller Angestellten im Gesundheitswesen sich nach der Covid-19-Impfung krankschreiben lassen mussten und laut RKI hat einer von 5.000 Geimpften schwerwiegende Nebenwirkungen nach einer Impfung bezogen auf 224.000.000 Impfungen. Stefan Homburg korrigierte den Wert auf etwa 1:1.000 bezogen auf die tatsächlichen Patienten, die bekannter Maßen mehrfach geimpft wurden.

Wir wissen inzwischen, dass die Bundesregierung bisher über 250 Millionen Euro für Covid-Impfwerbung ausgegeben hat. Und zu guter Letzt erfahren wir, dass das Institut für Virologie Wuhan, welches unter schwerem Verdacht steht, das mit HIV-Gensequenzen manipulierte Covid-19-Virus freigesetzt zu haben, auch mit Gensequenzen des Nipah-Virus arbeitete, welches sechzigmal tödlicher als Covid-19 ist. Das alles läuft unter dem Titel: »Gain of function« oder salopp ausgedrückt: »Wir wollten nur mal gucken, ob das auch gefährlich werden könnte.« Schöne neue Corona-Welt.

**Dieser Text ist online auf *demokratischerwiderstand.de/artikel/* und auf dem renommierten Journalistenportal *apolut.net* inklusive aller 55 Fußnoten und Quellenangaben zu lesen.**



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

## MELDUNG

### KINDER-IMPFUNG SEI »RECHTENS«

Karlsruhe/DW. Seit 1. März 2020 dürfen nur noch gegen Masern geimpfte Kinder in Kitas oder zu Tagesmüttern. Das Bundesverfassungsgericht urteilt nun, dass dieser erhebliche Eingriff in die Grundrechte der Eltern und Kinder »verfassungskonform« sei. Begründet wird die staatliche Übergriffigkeit mit der angeblichen Pflicht des Staates, Ausbruch der Krankheit, schwere Verläufe und die Gefährdung Dritter zu verhindern. Aufgrund der Schulpflicht könne die Zwangsmaßnahme an Schulen nicht durchgesetzt werden, Eltern haben aber bei Nichteinhaltung mit Bußgeldern von bis zu 2.500 Euro zu rechnen. (ber)

Quelle: Statistisches Bundesamt

**Sterbefallzahlen Deutschland**

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|
| Jan. | 85.105 | 84.980 | 106.803 | 89.207 |
| Feb. | 81.009 | 80.030 | 82.191 | 82.533 |
| Mär. | 86.739 | 87.396 | 81.901 | 93.402 |
| Apr. | 77.410 | 83.830 | 81.877 | 85.757 |
| Mai | 75.669 | 75.835 | 80.876 | 80.980 |
| Jun. | 73.483 | 72.159 | 76.836 | 78.480 |
| Jul. | 76.926 | 73.795 | 76.704 | |
| Aug. | 73.444 | 78.742 | 76.402 | |
| Sep. | 71.022 | 74.243 | 77.931 | |
| Okt. | 77.006 | 79.781 | 85.080 | |
| Nov. | 78.378 | 85.989 | 93.915 | |
| Dez. | 83.329 | 108.792 | 103.171 | |
| insgesamt | 939.520 | 985.572 | 1.023.687 | 510.359 |

### WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

*Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.*

# BESTRAFE EINEN – ERZIEHE ALLE!

***Zur Psychodynamik einer beliebten Herrschaftstechnik anlässlich der Haftstrafe der Gründerin des US-amerikanischen Ärzte-Netzwerks Dr. Simone Gold.*** | Von Dr. Herthneck

**»Jemand musste Josef K. verleumdet haben, denn ohne dass er etwas Böses getan hätte, wurde er eines Morgens verhaftet.« So beginnt einer der bedeutendsten Romane der Weltgeschichte: Franz Kafkas »Proceß«.**

Dieser wurde nicht umsonst im ehemaligen Ostblock heimlich abgeschrieben und unter der Hand weitergereicht, wobei er allgemein für einen Tatsachenbericht gehalten wurde. Ganz im Sinne libertärer Beliebigkeit nicht nur in der Philologie hat man natürlich nicht versäumt, Franz Kafkas Texte zu-tode-durch-zu-analysieren – selbstverständlich ohne etwas daraus fürs Leben zu lernen.

Dasselbe Phänomen findet sich übrigens auch im deutschen Holocaust-Geschichts-Unterricht: Seit 1945 wird das Thema zu recht beständig gelehrt – und fand nun eine Form von Wiederkehr im Covidiotie-Verbrechen. Wie ist das möglich? Anscheinend fehlte die simple Transferleistung: dass etwa die Judenvernichtung nicht deshalb verbrecherisch war, weil es gegen eine zufällig dafür auserkorene Minderheit ging, sondern weil ganz generell Menschen andere Menschen so nicht behandeln sollten. Aber genau das geschieht jetzt wieder, jedenfalls herrscht derselbe Ungeist.

#### FREIHEITSHELDEN HINTER GITTERN

Wir sehen das etwa an der Verhaftung Michael Ballwegs am 29. Juni 2022, der seitdem in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim festgehalten wird – dem Ort des ungeklärten gewaltsamen Todes verschiedener RAF-Mitglieder am 18. Oktober 1977. Wir sahen es aber auch schon an der Verhaftung von Julian Assange am 11. April 2019, der seit Juni 2012 im Exil der Ecuadorianischen Botschaft in London hausen musste. Wir sehen es aber auch jetzt wieder an einer weiteren, wesentlichen Verhaftung: nämlich derjenigen der Begründerin des US-amerikanischen Ärzte-Netzwerkes »America's Frontline Doctors« (AFLDS) im Kampf gegen die Covidiotie – Dr. Simone Gold, die aktuell ihre Haftstrafe absitzt. Aber für was eigentlich? Und könnte nicht jeder von uns an der Stelle dieser drei beispielhaften Menschen stehen? Könnte das nicht ich selbst sein, obwohl ich nichts getan habe, was das rechtfertigen könnte? Hatten wir das alles nicht schon einmal? Wollen wir so weiterleben? Diese Fragen sollte sich heute eigentlich jeder Mensch stellen. Dr. Simone Melissa Gold, Notfallärztin, hatte bereits am 19. Mai 2020 einen offenen Brief an den damaligen Präsidenten Trump federführend geschrieben gehabt – zusammen mit 800 mitunterzeichnenden Ärzten – in dem sie um Beendigung des ebenso schädlichen wie sinnlosen nationalen *Lockdowns* bat. Am 27. Juli 2020 hielt sie zusammen mit anderen Ärzten eine Pressekonferenz vor dem obersten Gericht der USA, in welcher es unter anderem um alternative Behandlungsmöglichkeiten der meist milden Covid-19-Grippeform ging.

Nach diesem später sogenannten »White Coat Summit« (Weißkittel-Zusammenkunft) wurde sie aus allen ihren ärztlichen Arbeitsverhältnissen entlassen, das Video des Treffens wurde weithin zensiert. Am 6. Januar 2021 wollte sie zusammen mit Donald Trump und vielen anderen vor dem Weißen Haus eine genehmigte Rede halten; als dies plötzlich abgebrochen wurde, öffneten sich von innen die Türen des Regierungspalasts, auch Gold ging hinein, und sprach gesittet im Innenraum, zu welchem ihr freier Zutritt ermöglicht wurde, über Wirkungslosigkeit und Gefahren der »Impfstoffe«.

#### UNVERHÄLTNISMÄSSIGE HÄRTE GEGEN OPPOSITIONELLE

Zwölf Tage nach ihrer kurzen Rede über medizinische und freiheitliche Aspekte stürmte ein Sondereinsatzkommando schwerbewaffneter FBI-Agenten ihre Wohnung und nahm sie für zwei Tage in Gewahrsam. Inzwischen wurde sie durch ein Gericht wegen »widerrechtlichem Zutritt in ein Sperrgebiet« zu 60 Tagen Gefängnis und 10.000 US-Dollar Strafe verurteilt. Seit dem 26. Juli 2022 sitzt sie ihre Strafe im Frauengefängnis Miami ab, wobei Freunde sich um ihre dortige Sicherheit sorgen.

Diese Sorge ist sicher mehr als berechtigt, soll doch offenbar an Menschen wie diesen ein Exempel statuiert werden zur Abschreckung aller, wie es für totalitäre System so üblich ist. Schon der Arzt Gustave Le Bon schrieb in seinem 1895 erschienen Werk »Psychologie der Massen«, dass der instinktgesteuerte Mensch nur durch Angst vor Strafe zu beherrschen sei – was Michel Foucault 1975 in »Überwachen und Strafen« weiter ausführt; damals war die Bestrafungsstruktur bereits fester Grundbestandteil unserer heutigen »Disziplinargesellschaften«.

## MELDUNG

#### GIFTWELLE IN DER ODER

Frankfurt an der Oder/DW. Im polnisch-deutschen Grenzfluss Oder ist es seit Ende Juli 2022 zu einem massiven Fischsterben gekommen. Beiderseits des Flusses werden von Verbänden wie dem Technischen Hilfswerk dieser Tage tonnenweise verwesende Fische aus dem Gewässer gesammelt, wie unabhängig voneinander etwa *RBB*, *Compact-Magazin* und polnische Medien berichten. Eine natürliche Ursache wird von Behörden wie Anwohnern demnach ausgeschlossen, die exakte Ursache ist weiter unklar. Vermutet wird die gezielte Einleitung von angesammelten Umweltgiften etwa bei der polnischen Stadt Opole/Oppeln. Eine ungewöhnliche Welle sei laut Wasserstandsanzeigern etwa von dort aus durch den Fluss gerollt. Zunächst war eine Vergiftung des Flusses mit Quecksilber angenommen worden, zuletzt hieß es, der Salzgehalt sei rapide gestiegen. Deutsche Behörden warfen polnischen Ämtern vor, zu spät reagiert zu haben. Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (PiS) besuchte daraufhin die Oder und setzte über 200.000 Euro zur Ermittlung und Ergreifung der Umweltsünder aus. Die Oder entspringt im tschechischen Odergebirge bei Olmütz, durchfließt die polnischen Städte Ostrau, Breslau, Grünberg, passiert auf deutscher Seite Frankfurt an der Oder und mündet schließlich im polnischen Stettiner Haff in die Ostsee. (ale)




*Karikatur: t.me/osaft007*

# Entspannung in Taiwan?

***Nancy Pelosi ist wieder zuhause. Ein Krieg zwischen China und USA brach nicht aus. Dennoch deuten alle Zeichen auf eine Eskalation des Konflikts.*** | Von Hermann Ploppa

**Die Welt hielt den Atem an, als die 82-jährige Fraktionsvorsitzende der Demokraten im Kongress in Washington Nancy Pelosi allen Drohungen aus Beijing zum Trotz in der Hauptstadt der Republik China in Taipeh aufkreuzte und maskiert ihre Ellenbogen mit den Ellenbogen der taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-wen anstieß.**

Die Streitkräfte der Volksrepublik China zeigten währenddessen ihre Muskeln. Düsenjäger der Volksbefreiungsarmee durchflogen ungestraft den Luftraum von Taiwan. Miss Pelosi ist kein Mitglied der US-Regierung. Doch ist laut Verfassung vorgesehen, dass sie als Mehrheitssprecherin im Kongress kommissarische US-Präsidentin wäre, sollten einmal Präsident und Vizepräsidentin ausfallen.

#### USA VERSUCHEN CHINA EINZUKREISEN

Eigentlich erkennen die USA die Republik China auf Taiwan völkerrechtlich gar nicht mehr an. Offizieller Gesprächspartner ist seit Kissingers Zeiten für die USA die kommunistische Volksrepublik China. Insofern ist der jetzige faktische Staatsbesuch von Pelosi ein Bruch aller Verabredungen zwischen den USA und der Volksrepublik.

Angeblich soll sogar die Regierung der USA gegen den halboffiziellen Besuch gewesen sein. Andererseits passt allerdings dieser außenpolitische Tabubruch in die neue konfrontative Linie gegen China, die seit der Präsidentschaft von Donald Trump konsequent verfolgt wird. Weil die Volksrepublik China gerade dabei ist, durch den Aufbau neuer globaler Wirtschaftswege die USA immer mehr zu isolieren, versucht die Außenpolitik der USA seit geraumer Zeit, China über die pazifischen Nachbarstaaten militärisch einzukreisen.

#### DIE BEVÖLKERUNG WILL KEINEN KRIEG

Zu den Zangenstaaten der US-amerikanischen Kriegsstrategie gehören Japan, Südkorea und Taiwan. Die USA haben immer die Spaltung von Korea und China durch politische Intrigen aufrechtzuerhalten gewusst. Als sich 1949 die im Bürgerkrieg gegen die Kommunisten unterlegene Kuomintang komplett nach Taiwan zurückziehen musste, haben die USA die Kuomintang immer unterstützt und jegliche Bemühungen um Wiedervereinigung mehr oder minder gewaltsam verhindert.

Auch die Partei der jetzigen Präsidentin wurde von einer amerikanischen Stiftung gegründet und stellt sicher, dass Taiwan als Frontstaat im geplanten Krieg gegen Festlandchina erhalten bleibt. Das kollidiert allerdings massiv mit den Interessen der Taiwanesen. Denn sie hätten bei einem Krieg gegen Festlandchina viel, wenn nicht alles zu verlieren. Die alten Kuomintang-Krieger sind ausgestorben. Heute ist der Reiseverkehr zwischen beiden Chinas intensiv und problemlos. Taiwan ist einer der wichtigsten Handelspartner der Volksrepublik. So betrug das Handelsvolumen zwischen beiden Staaten im Jahre 2021 über 166 Milliarden Dollar. Unternehmer aus Taiwan haben massiv in Festlandchina investiert.

Und so stieß Pelosis Besuch auf der chinesischen Insel durchaus nicht nur auf helle Begeisterung. Demonstranten in der Hauptstadt Taipeh trugen Transparente mit der Aufschrift »Kriegshetzerin Pelosi, hau ab!« oder: »Wir sind nicht die Ukraine!« Demonstrant Zhang Xiuye sagte der *Global Times*: »Wir sind eine Familie an beiden Ufern des Taiwan-Gewässers. Und wir können uns zusammensetzen und miteinander sprechen, und das durchaus auch ohne Einmischung durch die Yankees.«




*Friedliche Proteste: Demokraten lassen sich vom gewalttätigen Corona-Regime nicht provozieren.*
*Foto: Georgi Belickin*

# Scholz überrascht mit Geständnis

***Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick*** | Von Nadine Strotmann

**Nein, Olaf Scholz, amtierender Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, hat keine umfassende Aussage zum Cum-Ex-Skandal abgegeben. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen gegen ihn eingestellt – er kann sich doch an nichts erinnern.**

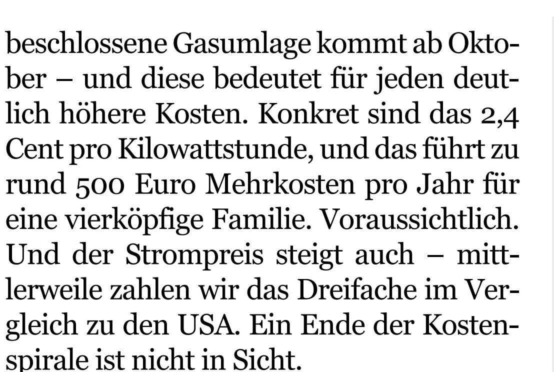
Außerdem kann Scholz auch nichts für die sich anbahnende Energie-Katastrophe in seinem Land – er ist doch nur Kanzler. Ein Kanzler, der wem eigentlich dient? Dem deutschen Volk? Oder gar wem anders? Auf der Sommer-Pressekonferenz gestand er vor versammelter Mannschaft: »Es entscheidet ja jemand anderes und anderswo, wie es mit der Energieversorgung unseres Landes ist.« Wer mag das sein?

### MILLIARDEN INS AUSLAND VERSCHENKT, DEUTSCHE RENTNER FRIEREN

Wir erinnern uns an das Frühjahr, an das große Treffen in Davos. Sie wissen schon, das private Treffen mächtiger Konzernbosse mit ausgewählten Politikern und ihren wohlgesonnenen Journalisten, organisiert vom Gründer Klaus Schwab. Dort sprach Olaf Scholz. Und seine Rede klang wie ein Bekenntnis zur großen Schwabschen Transformation, bekannt als *Great Reset*.

### GASUMLAGE TREIBT INFLATION

Nur noch mal zur Erinnerung: Wir haben einen Kanzler, der öffentlich bekennt, dass er keine Macht hat, sein Land zu regieren, den Wohlstand zu wahren. Wir haben einen Kanzler, der es zulässt, dass wir Milliarden in die Welt verschenken, um anderen zu helfen, nicht aber der eigenen Bevölkerung. Wir haben einen Kanzler, der das Versagen seines Wirtschaftsministers Robert Habeck zulässt, der Nord Stream 2 nicht öffnet und der mit abgedroschenen hohlen Phrasen versucht (»you'll never walk alone« – »du wirst nicht im Stich gelassen«), die Menschen weiterhin für dumm zu verkaufen. Die



beschlossene Gasumlage kommt ab Oktober – und diese bedeutet für jeden deutlich höhere Kosten. Konkret sind das 2,4 Cent pro Kilowattstunde, und das führt zu rund 500 Euro Mehrkosten pro Jahr für eine vierköpfige Familie. Voraussichtlich. Und der Strompreis steigt auch – mittlerweile zahlen wir das Dreifache im Vergleich zu den USA. Ein Ende der Kostenspirale ist nicht in Sicht.

Wir finanzieren – wie seit eh und je – die Verluste der Großkonzerne und die Gewinne streichen die Giganten selbst ein. Die Gasumlage wird die Inflation antreiben, die Gewinne der Konzerne hochschrauben und unsere Wirtschaft sukzessive lahmlegen. Wollen Sie das weiter mitmachen?

### TOXISCHE MÄNNLICHKEIT, FINANZIERT VON ZWANGSGEBÜHREN

Und während sich einige Menschen in diesem Land ernsthafte Sorgen um unsere Zukunft machen – Sie wissen ja, uns droht nicht nur der Kostenhammer ab Herbst, sondern auch Karl Lauterbach mit seinem neuen Infektionsschutzgesetz – bearbeitet der öffentlich-rechtliche Rundfunk Themen, die niemanden interessieren. Außer vielleicht den zwangsfinanzierten Haltungsjournalisten Georg Restle selbst, Moderator vom Magazin *Monitor*. In einem Beitrag wird minutenlang darüber geschwurbelt, dass Männer öfter brutaler und süchtig sind, sich ungesund ernähren und sowieso eine Gefahr für die gesamte Gesellschaft darstellen. Das Magazin führt ernsthaft auf, wie das Problem Männer in der deutschen Gesellschaft aussieht: Inhaftierte, Spielsüchtige, Drogenabhängige, Diebe.

Was ist die Botschaft? Alle Männer abschaffen? Ich frage Sie: Was stimmt mit denen nicht? Ich verrate Ihnen was: Bevor ich mich in einen nonbinären Transmenschen mit Menstruationshintergrund verliebe, wird Karl Lauterbach die Wahrheit sagen. Es lebe die toxische Männlichkeit! In diesem Sinne: Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

## »Nicht die feine englische Art« – Teil 2

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

**Wer erinnert sich nicht an die Zeiten, in denen die feine englische Art etwas Besonderes war. Ein solche hatte ich in einem Verfahren vor der dem Amtsgericht Bad Kreuznach im Juni 2022 nach Einschätzung der Richterin gerade nicht an den Tag gelegt.**

Hatte ich doch tatsächlich im ersten Hauptverhandlungstermin gegen den Mandanten, dem ein tätlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten vorgeworfen wurde, abermals umfangreiche rechtliche Ausführungen zum Versammmlungsrecht und dessen Schutzwirkung vorgenommen, was bei der Richterschaft für einen gewissen Unmut sorgte.

Nicht ohne Grund: Die Richterin schien auf diesen rechtlichen Aspekt (wie so zahlreiche AG-Richter und Richterinnen) nicht vorbereitet gewesen zu sein. Jetzt fand nach meiner kleinen selbst auferlegten Sommerpause das lang ersehnte »Rückspiel« statt, und siehe da: Meine Ausführungen hat die Richterin wohl zum Anlass genommen, den Fall bereits in rechtlicher Hinsicht anders zu bewerten.

Wenn dann noch die als Zeugen geladenen Beamten den Sachvortrag dummerweise bestätigen, bleibt für eine Verurteilung eben kein Raum mehr. Folge war, dass das Verfahren zumindest eingestellt wurde. Ein Freispruch für meinen Mandanten war zu diesem Zeitpunkt wegen eines anderen rechtlichen Aspektes leider nicht möglich.

Dennoch: Nach einem recht happigen Strafbefehl von insgesamt 120 Tagessätzen (das sind vier volle Monatsnettogehälter) insgesamt ein voller Erfolg. Und wieder einmal zeigt sich, dass ein »Klappstuhlfrühstück« eben doch eine Versammlung ist und Beamten diese zu schützen statt mit Personalienfeststellungen wegen vermeintlicher Ordnungswidrigkeiten zu stören haben. Ein Hoch auf das deutsche Versammlungsrecht!

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.



## VERBALE RADIKALISIERUNG

**KOLUMNE RECHTSSTAAT**
***von Markus Haintz***

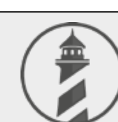
**Kürzlich habe ich mich meinen Anwaltskollegen Jun unterhalten, der sich jüngst von Twitter zurückgezogen hat und den man, wenn man in solchen Mustern denkt, auf der »anderen Seite« der gesellschaftlichen Debatte verorten muss.**

Kollege Jun hat sich dadurch hervorgetan, dass er unter anderem darauf hingewirkt hat, dass mir das Geschäftskonto meiner Kanzlei gekündigt werden sollte. Trotzdem habe ich einem gemeinsamen Gespräch zugestimmt, nachdem er sich auf Youtube für sein Verhalten entschuldigt hat, welches nicht seinen eigenen Maßstäben entsprochen habe. Im Rahmen unsere Unterhaltung mussten wir festhalten, dass auf beiden Seiten der politischen Lager eine zumindest verbale Radikalisierung vorliegt, welche es beinahe unmöglich macht, einen konstruktiven Diskurs zu führen.

Die Frage ist weniger, wer hieran schuld ist, sondern vielmehr, wie wir aus dieser Situation wieder herauskommen. Unser aller Zielsetzung sollte sein, dass in unserer Gesellschaft und eben auch im Internet ein offener, konstruktiver und kritischer Diskurs möglich ist, der zwar inhaltlich scharf sein darf, in dem Beleidigungen, *Mobbing*, Hass und Gewalt aber keinen Platz haben. Hierzu halte ich es aus juristischer Sicht für nötig, dass gegen diejenigen effektiver vorgegangen werden kann, welche die vermeintliche Anonymität des Internets nutzen, um andere rechtswidrig einzuschüchtern. Hier ist der Gesetzgeber gefragt, das Internet ist kein rechtsfreier Raum, auch wenn Google, Facebook, Twitter und Co. häufig so agieren, als ob dem so wäre.

Aber es geht nicht nur um eine rechtliche Frage. Die Demokratiebewegung täte gut daran, ebenfalls verbal abzurüsten. Je schärfer die Rhetorik, desto schwieriger wird ein Diskurs mit der »anderen Seite«. Die Corona-Maßnahmen wurden deutlich zurückgefahren, die Gefahr für unsere Grundrechte ist damit zwar nicht gebannt, aber wir sollten unsere Rhetorik der geänderten Lage anpassen und nicht in die – wenn auch »nur« verbale – Radikalisierungsfalle tappen. Es hilft daher auch nicht, wenn im Telegram-Kanal des Demokratischen Widerstands, wenngleich satirisch, die Frage gestellt wird, ob man Maskenträger schlagen dürfe. Lasst uns lieber versuchen, miteinander zu reden.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.



## Leuchtturm ARD - ORF - SRG

**AACHEN:** Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
**BADEN-BADEN:** Donnerstag ab 12 • SWR Studio • Ernst-Becker-Str. 1
**BERLIN:** Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee (Brettschneiderstr)
**CHEMNITZ:** Montag 16:30 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
**COTTBUS:** Montag 19:45 • RBB Funkhaus Berliner Platz 6
**DORNBIRN:** (A) Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
**ERFURT:** Donnerstag ab 16 • MDR Studio • Gothastr. 36
**ESSEN:** Donnerstag ab 18 • WDR Studio • III. Hagen 31
**FRANKFURT:** Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
**FREIBURG:** Donnerstag ab 16 • SWR Studio • Kartäuserstr.
**FULDA:** Donnerstag ab 14 • HR Studio • Rabanusstr. 14-16
**HAMBURG:** Donnerstag ab 17 • ZDF Studio • Oberbaumbrücke 1
**KIEL:** Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Schlossplatz 3
**KÖLN:** Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
**LANDAU:** Donnerstag ab 16 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12
**LANDSHUT:** Donnerstag ab 18 • BR Studio • Altstadt 74
**LÜBECK:** Montag ab 18 • NDR Media Docks • Willy-Brandt-Allee 31d
**Mainz:** Donnerstag 15.30 • ZDF Studio • ZDF Str. 1
**MANNHEIM:** Donnerstag ab 18 • SWR Studio • Wilhelm Varnholt Allee 5
**MÜNCHEN:** Donnerstag ab 18 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
**NEUBRANDENB.:** Donnerstag ab 16 • NDR Neubrandenb. • Friedrich Engels Ring 51
**NÜRNBERG:** Donnerstag ab 16 • BR Studio • Wallensteinstr.
**OSNABRÜCK:** Donnerstag ab 16 • NDR Studio • Marktplatz
**PFORZHEIM:** Mittwoch 15:30 • SWR • Regionalbüro Zerennerstr. 28
**POTSDAM:** Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
**RAVENSBURG:** DONNERSTAG AB 17 • SCHWÄBISCH MEDIA • KARLSTR. 16
**SAARBRÜCKEN:** Donnerstag ab 17 • SR Saarland • Franz Mai Str. 8
**SCHWERIN:** Donnerstag ab 15 • NDR Medienhaus • Schlossgartenallee 61
**STUTTGART:** Donnerstag ab 17 • SWR Studio • Neckarstr. 230
**WÜRZBURG:** Donnerstag ab 16 • BR Studio • Bahnhofsplatz 2

## IMMER MONTAGS!

AALEN, 18:30 Uhr, Marktplatz – ADELSDORF, 18:30 Uhr, am Marktplatz – AHRENSBÖK, 18 Uhr, Rathaus – BAD LANGENSALZA, 19 Uhr, vor dem Teeladen – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17:45 Uhr, Alte Pfarrkirche – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – CRIMMITSCHAU, 18 Uhr, am Markt – DENKENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – DETTENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – DINSLAKEN, 19 Uhr, am Rathaus – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EGGENFELDEN, 18 Uhr, am Stadtplatz – EISENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FEUCHTWANGEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – FISCHBACHAU, 18 Uhr, am Wanderparkplatz – FRAUENSTEIN, 18 Uhr, am Markt – FREIBERG AM NECKAR, 18 Uhr, am Rathaus – GAILDORF, 18:30 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – GEISENHAUSEN, 19 Uhr, Rathaus – GLÜCKSBURG, 18 uhr, am Schlossparkplatz – HACHENBURG, 18 Uhr, Alter Markt – HALBERSTADT, 19 Uhr, am Domplatz – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – HERZOGENAURACH, 19 Uhr, am Marktplatz – IMMENSTADT, 18 Uhr, Marienplatz – JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – KAPPELN, 18 Uhr, am Rathaus – KARLSFELD, 18 Uhr, am Rathaus – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUENBURG, 18 Uhr, am Rathaus.



## DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

| Datum/Uhrzeit | Ort | Art |
|---|---|---|
| Sa, 20.8.2022 17-20 Uhr | Augsburg, Ladehofstraße | Umzug |
| Sa, 20.8.2022 11-14 Uhr | Celle, Neumarkt | Umzug und Kundgebung |
| Sa, 20.8.2022 14-19 Uhr | Düsseldorf, Grabbeplatz | Demoaufzug |
| Sa, 20.8.2022 15-19 Uhr | Düsseldorf, Schadowplatz | Versammlung und Umzug |
| Sa, 20.8.2022 15-18 Uhr | Eberbach, Leopoldsplatz | Zusammenkunft |
| Sa, 20.8.2022 14-17 Uhr | Freiburg im Breisgau, Konzerthaus | Fahrradkorso |
| Sa, 20.8.2022 14-17 Uhr | Fulda, Am Bahnhof | Demo |
| Sa, 20.8.2022 15-16 Uhr | Hamburg, rund um die Binnenalster | Spaziergang |
| Sa, 20.8.2022 14-18 Uhr | Hannover, Ritter-Brüning-Straße, neben Hochschule | Autokorso |
| Sa, 20.8.2022 14:30-18 Uhr | Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße | Aufzug |
| Sa, 20.8.2022 15-17 Uhr | Krumbach (Schwaben), Stadtgarten | Spaziergang |
| Sa, 20.8.2022 13-20 Uhr | Nürnberg, Kornmarkt | GROẞDEMO |
| Sa, 20.8.2022 16-19 Uhr | Salzwedel, Rathausturmplatz | Spaziergang |
| So, 21.8.2022 15-17:30 Uhr | Baden-Baden, Augustaplatz | Demoaufzug |
| So, 21.8.2022 18-19:30 Uhr | Bayern, Spittelmühlweg | Spaziergang |
| So, 21.8.2022 18-20 Uhr | Falkensee, Alte Stadthalle | Gottesdienst |
| So, 21.8.2022 14:30-17 Uhr | Köln, Heumarkt | Kundgebung |
| Mo, 22.8.2022 19-20:30 Uhr | Aachen, Rathaus Markt | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Anger/Oberbayern, Dorfplatz | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de) | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Bad Honnef/NRW, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-21 Uhr | Bad Meinbach, Brunnnentempel | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 19-20:30 Uhr | Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 19-21 Uhr | Belgern/Sachsen, Markt | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18:30-21 Uhr | Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 17:45-21 Uhr | Berlin-Pankow, Breite Str. 37 | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee - am Ringcenter II | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 12-14 Uhr | Berlin-Wedding, Nordufer 20 | Mahnwache |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Bernau, am Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18:30-21 Uhr | Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr. | Aufzug mit Abschlusskundgebung |
| Mo, 22.8.2022 18-21 Uhr | Duisburg, Rathaus am Burgplatz | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 19-21 Uhr | Cottbus, Oberkirche | Lichterspaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-21 Uhr | Delmenhorst, Kiosk an der Graft | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Eberswalde, Marktplatz | Kundgebung |
| Mo, 22.8.2022 18-19 Uhr | Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Falkensee, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18:30-21 Uhr | Gifhorn, Schillerplatz | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18:30-21 Uhr | Görlitz, Postplatz | Versammlung |
| Mo, 22.8.2022 19-21 Uhr | Greifswald, Mühlentor | Demo |
| Mo, 22.8.2022 19-21 Uhr | Hamburg, Blankeneser Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-21 Uhr | Hamburg, Bergstedter Markt | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Hameln, am Hochzeitshaus | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 19-21 Uhr | Hennef/Sieg, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18:30-20:30 Uhr | Kaiserslautern, Innenstadt | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Kirchheim bei München, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Konstanz, Augustinerplatz | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-21 Uhr | Köln, Roncalliplatz | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Königs Wusterhausen, Kirchplatz | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Landshut, Ländertorplatz | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-21 Uhr | Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 19-21 Uhr | Lippstadt, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-21 Uhr | Magdeburg, Domplatz | Demo |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Mannheim, Ehrenhof des Schlosses | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Marbach am Neckar, Schillerdenkmal | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | March/Breisgau, Bürgerhaus | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 19-21 Uhr | Norderstedt, Kino Spektrum | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18:30-20:30 Uhr | Nürnberg, Kornmarkt | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Oranienburg, Schloßplatz | Kundgebung |
| Mo, 22.8.2022 17:30-20 Uhr | Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Pforzheim, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Potsdam, vor dem Filmmuseum | Mahnwache |
| Mo, 22.8.2022 19-21 Uhr | Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Rennerod, Hubertusplatz | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 16:30-17:15 Uhr | Rostock, Stadthafen | Schildermahnwache |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Rotenburg (Wümme), Neuer Markt | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Rottweil, Markt | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 19-21 Uhr | Sauerlach/Bayern, Markt | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Seeheim-Jungenheim, Rathaus | Demo |
| Mo, 22.8.2022 18-21 Uhr | Senftenberg, Marktplatz | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 17-19 Uhr | Stadthagen, Marktplatz | Montagsdemo |
| Mo, 22.8.2022 18-21 Uhr | Stralsund, Bürgergarten | Bürgerstammtisch |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18:30-21 Uhr | Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18:30-20:30 Uhr | Walsrode/ Heidekreis, Rathaus | Spaziergang |
| Mo, 22.8.2022 18-21 Uhr | Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche | Demo |
| Mo, 22.8.2022 18-20 Uhr | Wismar, Markt | Versammlung |
| Mo, 22.8.2022 19-21:30 Uhr | Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz | Demo und Kundgebung |
| Di, 23.8.2022 16:30-18:00 Uhr | Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und dem Mittelstreifen der Schlossstraße | Schilderaktion |
| Di, 23.8.2022 18-21 Uhr | Bernau bei Berlin, Rathaus | Spaziergang |
| Di, 23.8.2022 18-20 Uhr | Ortenberg/Hessen, Marktplatz | Spaziergang |
| Di, 23.8.2022 19-21 Uhr | Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8 | Spaziergang |
| Di, 23.8.2022 19-21 Uhr | Wolgast, Am Kai | Demoaufzug |
| Mi, 24.8.2022 19-21 Uhr | Geisa, Am Kulturhaus | Spaziergang |
| Mi, 24.8.2022 18-20 Uhr | Heidelberg, Schwanenteichanlage | Demo |
| Mi, 24.8.2022 17-19 Uhr | Landshut, Martinskirche | Andacht |
| Mi, 24.8.2022 19-21 Uhr | Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte | Demo |
| Mi, 24.8.2022 18-21 Uhr | München, Odeonsplatz | Umzug |
| Mi, 24.8.2022 19-21 Uhr | Naumburg (Saale), Vogelwiese | Offenes Mikrofon |
| Mi, 24.8.2022 18-19:30 Uhr | Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße | Treffen |
| Mi, 24.8.2022 19-20:30 Uhr | Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.) | Spaziergang |
| Do, 25.8.2022 17:30-18:30 Uhr | Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str. | Schilderdemo |
| Do, 25.8.2022 17:30-19 Uhr | Hanau, Großauheim, Rochusplatz | Mahnwache |
| Do, 25.8.2022 19-21 Uhr | Hennef/Sieg, Rathaus | Spaziergang |
| Do, 25.8.2022 18:30-21 Uhr | Landsberg/Saalekreis, Markt | Spaziergang |
| Do, 25.8.2022 17-18:30 Uhr | Rostock, Brunnnen der Lebensfreude | Kundgebung |
| Do, 25.8.2022 18-21 Uhr | Warstein, Rathausplatz | Spaziergang |
| Fr, 26.8.2022 18-20 Uhr | Raesfeld/NRW, Rathausplatz | Demo |
| Sa, 27.8.2022 17-20 Uhr | Augsburg, Ladehofstraße | Umzug |
| Sa, 27.8.2022 15-18 Uhr | Bochum, Dr.-Ruer-Platz | Umzug und Kundgebung |
| Sa, 27.8.2022 14-19 Uhr | Düsseldorf, Grabbeplatz | Demoaufzug |
| Sa, 27.8.2022 15-19 Uhr | Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz | Demo und Umzug |
| Sa, 27.8.2022 15-18 Uhr | Eberbach, Leopoldsplatz | Zusammenkunft |
| Sa, 27.8.2022 13-18 Uhr | Emden, Hafentorplatz | Grundrechtsdemo |
| Sa, 27.8.2022 14-17 Uhr | Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge | Demoaufzug |
| Sa, 27.8.2022 15:30-18 Uhr | Kassel, Königsplatz | Demo |
| Sa, 27.8.2022 18-20 Uhr | Kirchen (Sieg), Rathaus | Spaziergang |
| Sa, 27.8.2022 15:15-17 Uhr | Krumbach (Schwaben), Stadtgarten | Spaziergang |
| Sa, 27.8.2022 15:30-18 Uhr | Pforzheim, Marktplatz | Demo |
| Sa, 27.8.2022 15-17 Uhr | Rostock, Rosengarten | Kundgebung und Aufzug |
| So, 28.8.2022 14-17 Uhr | Baden-Baden, Augustaplatz | Kundgebung und Umzug |
| So, 28.8.2022 18-20 Uhr | Falkensee, Alte Stadthalle | Gottesdienst |
| So, 28.8.2022 14:30-17 Uhr | Köln, Heumarkt | Kundgebung |
| Do, 8.9.2022 10-14 Uhr | Berlin, Platz der Republik 1 | GROẞDEMO |
| Fr, 9.9.2022 10-16 Uhr | Berlin, Platz der Republik 1 | GROẞAUFZUG |
| Sa, 17.9.2022 15-22 Uhr | Köln, Rudolfplatz | Kundgebung und Aufzug |
| So, 2.10.2022 10-18 Uhr | Bodensee, im Osten des Friedensee | FRIEDENSKETTE |

**Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.**
**Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN**

# »ICH MACHE DA NICHT MEHR MIT«

**KOLUMNE FREUND UND HELFER**
***Von Sophia-Maria Antonula***

**Nach 27 Einsatzjahren bei der Polizei Berlin hat Martin Schmidt (Name von der Redaktion anonymisiert) genug. Im Interview rechnet der Polizeibeamte im gehobenen Dienst mit einem System ab, das sich über das Gesetz stellt und Demonstrationen gewaltsam verhindert.**

Im April 2021 schaltete sich der UN-Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer, ein: Er kritisierte die »Kultur der Toleranz für Polizeigewalt« in Berlin. Viele Menschen, die die Einsatzhundertschaften bei den Demonstrationen der vergangenen zweieinhalb Jahre erlebt haben, fragen sich, ob da vor allem Soziopathen rekrutiert werden?

Martin Schmidt: Einige Einsatzhundertschaften sind trainiert, gegen Randalierer und schwerstkriminelle Straftäter vorzugehen. Diese Einheiten sind wie Kampfhunde, die losrennen, sobald sie von der Leine gelassen werden. (…) Wenn der Befehl »Zugriff« ertönt, legen die Jungs los. Egal, ob es sich dann auch mal um ältere Frauen handelt. Einzelne Polizeibeamte sind einfach geil auf Gewalt. Und da kein Entscheidungsträger sie zurückpfeifft, toben sie sich aus. Dieselben Politiker und Polizeiführer, die vorher die Kollegen beim Vorgehen gegen wirklich gewaltbereite Teilnehmer ausbremsten, haben also eine Kehrtwende vollzogen und ein hartes Vorgehen befohlen. Plötzlich gibt es dafür Rückendeckung – sogar aus der traditionell polizeifeindlichen Partei der Grünen. Die forderten Schlagstock- und Tränengaseinsatz gegen »Querdenker«.

Die Politik, die Leitmedien, die vielen Verbandssprecher haben sich radikalisiert. Das wirkt sich auf die Befehle der Polizeiführer und das Agieren der Einsatzkräfte aus. Die Polizei schreitet unverhältnismäßig ein, Unschuldige werden strafprozessual verfolgt, Verstöße konstruiert und aufgebauscht. Bei mancher Demonstration gab es mehr als 300 freiheitsbeschränkende Maßnahmen, obwohl kein einziger Stein flog.

**Sind Sie selbst auch Teilnehmer bei den Demonstrationen?**

Martin Schmidt: Ja. Und was ich da teilweise gesehen habe, war schlimm. Es gab Jagdszenen. (…) Gegen Teilnehmer der Demonstrationen für die Grundrechte vergessen Beamte ganz schnell den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Die Polizei in Berlin ragt heraus, was die Polizeigewalt betrifft. Ich will kein Teil mehr davon sein, ich mach' da nicht mehr mit.

Das vollständige Interview ist auf *vierte.online* zu lesen. Die Fragen stellte Sophia-Maria Antonulas.

# »Nie wieder Zwangsmedizin!«

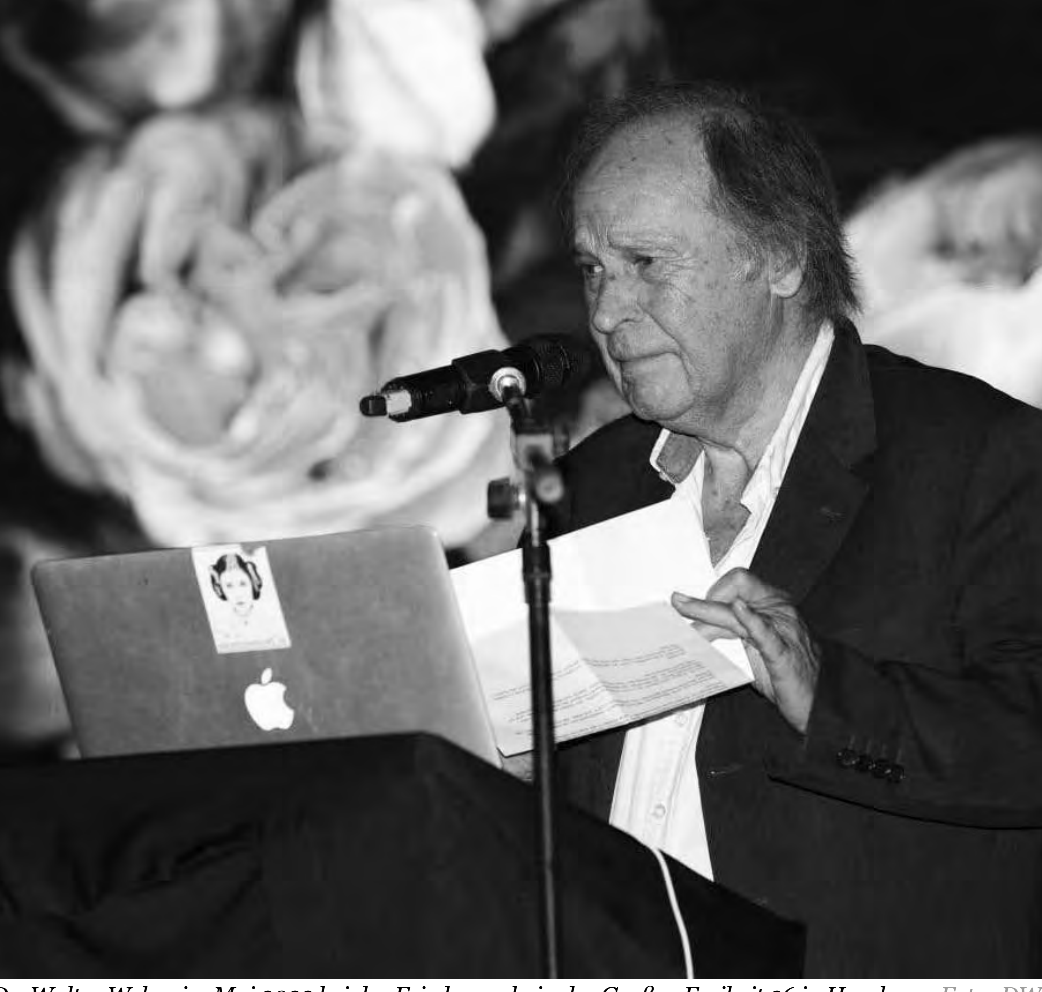
**Am Samstag findet das Gedenken zu 75 Jahren Nürnberger Kodex statt. Der Beginn soll um 13 Uhr auf der Wöhrder Wiese in Nürnberg sein. DW spricht zuvor mit dem Arzt für Aufklärung Dr. med. Walter Weber aus Hamburg.**

**Herr Dr. Weber, was ist Ihres Erachtens das große Kernthema des Nürnberger Kodexes, dessen 75. »Geburtstag« Sie heute in Nürnberg begehen?**

Am 20. August 1947 endete der Nürnberger Ärzteprozess gegen führende Mediziner des nationalsozialistischen Regimes. Diese hatten unter den menschenverachtenden Umständen der Konzentrationslager abscheuliche Menschenversuche an Internierten durchgeführt unter Missachtung aller Menschlichkeit und allen Respekts vor dem Leben der Versuchspersonen. Neben der Grausamkeit und Unmenschlichkeit der Experimente selbst erschüttert uns bis heute der unüberbietbare Zynismus, mit dem die Ärzte durch ein verbrecherisches Regime instrumentalisiert und beauftragt ihr medizinisches Erkenntnisinteresse verfolgten, ohne Rücksicht auf das Wohl und die Existenzbedingungen ihrer menschlichen Versuchsobjekte. Im Gegenteil: Die moralische Enthemmung und die Entwertung des menschlichen Lebens durch die Rassenideologie wurden gewissermaßen als Chance einer von jeder Ethik entkoppelten Wissenschaft gesehen und ergriffen.

Die Urheber des Nürnberger Kodex haben verstanden, dass es sich bei den Verbrechen nicht um singuläre Vergehen von Einzelnen handelt, sondern um ein unverzeihliches Scheitern der gesamten medizinischen Disziplin, das sich niemals wiederholen darf. Zu diesem Zweck errichtet der Kodex unverrückbare wissenschafts-ethische Maßstäbe, an denen sich jedes Experiment am Menschen zu orientieren hat. Neben der Vermeidung von Leid und Schaden für die Versuchsteilnehmer, der Fachlichkeit in Planung, Aufbau und Durchführung des Versuches und der berechtigten Aussicht auf einen großen menschheitlichen Nutzen der Erkenntnisse, wurde vor allem die informierte und in jeder Hinsicht freie Einwilligung der Teilnehmer zum Prüfstein für die Legitimität von jeglichen medizinischen Experimenten am Menschen.

Wörtlich heißt es im Nürnberger Kodex: »Die freiwillige Zustimmung der Versuchsperson ist unbedingt erforderlich. Das heißt, dass die betreffende Person im juristischen Sinne fähig sein muss, ihre Einwilligung zu geben; dass sie in der Lage sein muss, unbeeinflusst durch Gewalt, Betrug, List, Druck, Vortäuschung oder irgendeine andere Form der Überredung oder des Zwanges, von ihrem Urteilsvermögen Gebrauch zu machen; dass sie das betreffende Gebiet in seinen Einzelheiten hinreichend kennen und verstehen muss, um eine verständige und informierte Entscheidung treffen zu können.« Wir sprechen heute weltweit und übereinstimmend von einem »informed consent«, einer



*Dr. Walter Weber im Mai 2022 bei der Friedensgala in der Großen Freiheit 36 in Hamburg. Foto: DW*

Einwillung nur bei voller Information. Die 10 Punkte des Nürnberger Kodex stehen auf unserer Webseite 75jahre-nürnberger-kodex.de.

Der Nürnberger Kodex ist ein Vermächtnis, dem wir nur dann gerecht werden, wenn wir ihn – neben dem Gedenken an begangenes Unrecht – zum Maßstab der Gegenwart, aber auch der Zukunft machen. Dieser Kodex ist seitdem ein medizinischer Grundsatz, der wie das Genfer Gelöbnis Teil der Medizinerausbildung wurde.

**Wie haben Ärzte und Pfleger dies im Berufsalltag umzusetzen? Und wann darf es Ausnahmen geben?**

Ausnahmen von den Leitlininien sind nicht vorgesehen, kann und darf es nicht geben. Im Genfer Gelöbnis der Ärzte steht: »Ich werde, selbst unter Bedrohung, mein medizinisches Wissen nicht zur Verletzung von Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten anwenden.« Dies gilt ebenso für Krankenschwestern und Krankenpfleger.

**Was sind Ihre Sorgen bezüglich der Covid-Spritzen im Zusammenhang mit ihren Patienten, ihrer Familie und sich selbst?**

Die Covid-Spritzen sind keine Impfungen im bekannten Sinne, bei denen Antigene gewisse Antikörper erzeugen und zu einer Immunität führen. Die Covid-Spritzen sind eine Gentherapie mit einer gentechnisch manipulierten und genmanipulierenden Wirkung. Viele standardgemäße Prozeduren wie Prüfung der Toxizität und Kanzerogenität wurden nicht vorgenommen. Insofern befindet sich diese Gentherapie in einem experimentellen Stadium: Wir wissen noch nicht genau, was dabei herauskommt, wieweit das Genom verändert wird und wieweit die Wirkung an die nächsten Generationen weitergegeben wird.

Was wir für Deutschland wisssen: Es kam bereits zu rund drei Millionen schweren Nebenwirkungen, die zumindest zu Arztbesuchen führten. Es kam zu mehr Todesfällen als bei allen Impfungen der zurückliegenden 20 Jahre, zu einer deutlichen Zunahme von Krebs, sogenannter Turbokrebs. Wir haben als Demokratiebewegung und mit den Ärzten für Aufklärung daran mitgewirkt, dass eine allgemeine Impfpflicht nicht eingeführt wurde. Die einrichtungsbezogene Impfpflicht ist unmenschlich und entspricht nicht den Regeln des Nürnberger Kodex.

Jetzt, wo die Nebenwirkungen offenkundig werden, ist das Narrativ von der »sicheren und wirksamen Covid-19 Impfung« so verfestigt, dass auch noch so viele Daten es schwerhaben werden, öffentlich wahrgenommen zu werden. Wir müssen also feststellen: Das wichtigste medizinische Prinzip seit Abfassung der Nürnberger Erklärung, dass nämlich keine Experimente am Menschen ohne deren Aufklärung und explizite Einwilligung durchgeführt werden dürfen, wurde im Namen der Rettung von Menschenleben im Zuge der Coronapandemie grob fahrlässig missachtet. Zwar stimmen alle Menschen formell zu, die diese Intervention erhalten, aber die Informationsbasis für diese Zustimmung fehlt. Also ist es auch keine informierte Zustimmung, sondern eine Zustimmung ohne Information. Wir haben also aktuell eine schwere Verletzung des Nürberger Kodexes: Verletzung des »informed Consent« und Verletzung der Menschlichkeit.

Viele Ärzte müssen sich fragen, ob sie die ärztliche Ethik aufrechterhalten haben. Diejenigen Ärzte, die sowohl Ihre Berufsordnung nach Paragraph 2 Absatz 4 –»Ärztinnen und Ärzte dürfen hinsichtlich ihrer ärztlichen Entscheidungen keine Weisungen von Nichtärzten entgegennehmen« –, wie auch die ethische Verpflichtung – auch gegen äußere Bedrohung die Menschlichkeit aufrechtzuerhalten – ernstgenommen haben, wurden ausgegrenzt, diffamiert, denunziert, mit Hausdurchsuchungen eingeschüchert und existenziell bedroht.

Das hat zu starken persönlichen Belastungen, aber auch zu Belastungen innerhalb der Familie geführt. Manche sind – wie aus der DDR – ausgewandert. Eine Unterstützung durch die Ärztekammern, immerhin für alle Ärzte da, gab es nicht. Ganz im Gegenteil kam es auch noch Vorverurteilungen. Ebensowenig stützten die kassenärztlichen Vereinigungen: Wer ein kritisches Wort zur Impfung sagte, flog aus dem Notdienst – für manche ein existenzieller Posten. Unsere Veranstaltung am 20. August 2022, unsere Feier von 75 Jahre Nürnberger Kodex in Nürnberg, zeigt, wie dringend notwendig eine Ermahnung insbesondere an die Ärzte ist, die Selbstbestimmung der Menschen zu achten und die Menschlichkeit auch unter Stress und Bedrohung nicht zu verlieren: Nie wieder Zwangsmedizin!

**Herr Dr. Weber, wir danken Ihnen für das Gespräch.**

*Die Fragen stellte Anselm Lenz.*

## MELDUNG

### HIPPIES UNTER BEOBACHTUNG

Friesack/DW. Ende Juli fand in Friesack bei Berlin das Friedensfestival »Pax Terra Musica« (PTM) statt. Als Teil der echten Friedensbewegung, die im Gegensatz zu der diabolischen Pseudo-Friedensbewegung Frieden ohne Waffen schaffen möchte, steht das PTM nun unter Beobachtung des Brandenburger Verfassungsschutzes. Die Gleichklangpresse zitiert die Behörde, wonach die Bandbreite »von verfassungsschutzrelevanten Delegitimierern der Demokratie über Rechtsextremisten bis hin zu Reichsbürgern und Glorifizierern der DDR« reiche. Man mag ob der Absurdität den Kopf schütteln, dass der Inlandsgeheimdienst nichts besseres zu tun hat, als friedfertige Hippies zu beobachten. Doch im Grunde genommen wiederholt sich die Geschichte nur. Wie den Verfassungsschutzberichten der 1980er Jahre zu entnehmen ist, wurde auch schon zu dieser Zeit die Friedensbewegung ausspioniert. (nir)

### NINA MALEIKA ÜBERLEBT AUTOUNFALL

Hamburg/DW. Als würde das Schicksal die maßnahmenkritische Sängerin und Schauspielerin prüfen wollen; Verhaftung, Hausdurchsuchung (DW 97) und nun ein schwerer Autounfall in Ägypten. Mit vielen Brüchen überlebte Maleika. Nach einer Not-OP wurde sie mittlerweile zurück nach Deutschland geflogen. Auf Telegram reflektiert sie in bewegenden Beiträgen das Erlebte und berichtet über den abstrusen Klinikalltag. (nir)

# Koblenz: Im Dialog

***oder: »Meine Großmutter würde sich im Grabe umdrehen«*** | Von Hannes Henkelmann

**In Leutesdorf am Rhein treffe ich Frau Jahn und spreche über Synchronsprechen, Faktenchecken und beschmierte Friedensfahrzeuge.**

**Stellen Sie sich doch bitte kurz vor!**
Ich lebe in einer festen Beziehung und habe eine erwachsene Tochter. Ich bin Musikerin, freie Journalistin und arbeite seit 25 Jahren freiberuflich als Synchronsprecherin. Da ich seit März 2020 als Musikerin nicht mehr auftreten konnte, habe ich mich auf das Sprechen von redaktionellen Beiträgen und Dokumentationen konzentriert.

**Interessant. Für wen arbeiten Sie hauptsächlich?**
Früher arbeitete ich für die großen, lokalen Radiosender und Agenturen. Heute bin ich hauptsächlich für die alternativen Medien tätig. Unter anderem einen österreichischen TV-Sender, für einen russischen Wissenschafts- und Wirtschaftssender, der sich *Russland klargestellt* nennt und der verschiedensprachliche Kanäle auf Youtube bespielt. Ich spreche weiterhin für den Kanal *Druschba FM*, den ich gemeinsam mit der Journalistin Alina Lipp gründete. Und ich habe bis zu den Sanktionen für den Kanal *RT Deutsch* internationale Dokumentationen vertont.

**Sie haben die Veranstaltungsreihe »Koblenz: Im Dialog« gegründet. Wie sieht Ihre Bilanz nach fünf Jahren aus?**
Nach wie vor halte ich es für eine gute Idee, Menschen zusammenzubringen, die über Themen sprechen, die von den Leitmedien als »randständig« bezeichnet werden, die aber real eine wesentliche Rolle im gesellschaftlichen Miteinander und in der Politik spielen. Wirtschaft, Finanzen, Ökologie und gesellschaftliche Strukturen sind wunderbare Themen,



*Im Garten tankt Sabiene Jahn Kraft für den Widerstand.* Foto: Hannes Henkelmann

die früher bei den Wirtschaftsjunioren, *Marketingclubs* oder bei den Sparkassen in Vorträgen für die Öffentlichkeit besprochen wurden.

Die Veranstaltungsreihe ruht zwar im Moment, aber es gibt viele Menschen, die sich durch diese und andere Veranstaltungen gut vernetzt haben. Zu den Experten, die ich nach Koblenz eingeladen habe, besteht nach wie vor ein enger Kontakt. Mit einigen arbeite ich zusammen in dem bekannten Nato-Untersuchungsausschuss. Voraussichtlich werde ich ab August/ September die Reihe mit Ekkehard Sieker, dem ehemaligen Faktenchecker von *Die Anstalt* (*ZDF*), fortsetzen. Er schreibt zurzeit mit amerikanischen Kollegen an einem Buch über die Nato und enthüllt eine Reihe von neuen Dokumenten.

Allerdings gab es hier auch schon Gegendemos der sogenannten Antifa. Einmal wurden dabei Fahrzeuge unserer Gäste beschmiert, die den *Fehler* begangen hatten, auf ihren Autos mit großen Schriftzügen für Frieden zu werben. Das muss ich nicht weiter kommentieren, außer, dass das keine Antifaschisten sind, sondern zersetzende Gruppen, die über in- und ausländische NGOs Partikularinteressen vertreten und nur den Austausch unter Menschen und demokratische Prozesse verhindern wollen.

**Wie gehen Sie mit Angriffen auf Ihre Arbeit um?**
Wegen heftigster Diffamierungen meine Person betreffend klagte ich gegen einen jungen Politiker der Grünen des Koblenzer Stadtrates. Erfolgreich. Seine Unterstellung, »Koblenz: Im Dialog« sei eine »antisemitische und verschwörungstheoretische Plattform«, wurde durch das Gericht abgeschmettert. Das Urteil ist rechtskräftig. Die nachfolgenden Verhandlungen befassten sich mit der Durchsetzung, und das wurde dann meist sehr teuer für diese Denunzianten. Die Diffamierungskampagnen haben heute ein neues Niveau erreicht, bei der die Vorarbeit einer Reihe von staatsfinanzierten NGOs eine Rolle spielt.

Die falschen Zusprechungen, die man unter anderem auf *Wikipedia* oder *Psiram* lesen kann, finden sich heute ungeprüft in den Artikeln von Journalisten wieder. Sogar der Bundesverfassungsschutz ordnet Menschen, die kritisch und demokratisch ihre Meinung bekunden, als staatszersetzende Kräfte ein. Das ist völlig irre. Das jüngste Beispiel mit Alina Lipp unterstreicht die Entwicklung totalitärer Strukturen. Meinungen im Nato-Gustus sind erlaubt, hingegen werden Mord, Folter und der Wunsch der russischstämmigen Bevölkerung im Donbass nach Frieden seit acht Jahren ignoriert. Die deutsche Regierung unterstützt mit ihren Waffenlieferungen, ob sie wollen oder nicht, ukrainische Faschisten. Meine Großmutter, die noch Ernst Thälmann kennengelernt hatte, würde sich im Grabe umdrehen.

**Sie sind Mitglied im Nato-Untersuchungsausschuss und haben 2018 den Donbass besucht. Wie schätzen Sie die Situation im Ukraine-Konflikt derzeit ein?**
Meine Auffassung ist nach wie vor, dass mehr Waffen in Krisengebieten keine Lösung für dauerhaften Frieden bringen können. Wirkliche Fortschritte können nur auf diplomatischem Wege erfolgen. Dafür bedarf es aber starker Politiker. Im Moment beobachten wir nur eine starke Rüstungslobby in Europa und Amerika. Ich hoffe, dass sich in kürzester Zeit erfahrene und anständige Persönlichkeiten in den USA durchsetzen, damit sich die Amerikaner aus der Ukraine zurückziehen.



Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

# Briefe an die Redaktion

***Leserbriefe an: K.D.W. e.V. Postfach 35 02 16, 10211 Berlin***

### WOCHE DER DEMOKRATIE

Hallo, erst einmal möchte ich meinen Respekt für all diejenigen ausdrücken, die diese Veranstaltung auf den Weg gebracht, also geplant, organisiert, kreativ begleitet und gesponsert haben. Großartige Leistung. Ich habe aber auch folgenden Eindruck gewonnen: Bei mir kam nicht das Gefühl auf, dass es sich um einen Widerstand handelt, vor dem sich die Verantwortlichen »fürchten« müssen. Es erscheint mir eher so, dass man teilweise der Lächerlichkeit den Boden bereitet, wenn zum Beispiel jemand auf der Bühne mit einem Superman-Kostüm steht, eine weitere Person einen gelben Batman-Umhang mit dazugehöriger Maskierung und einem Netzhemd trägt. Dann werden Polonaisen getanzt, es wird nervig getrommelt und auf Trillerpfeifen werden hochfrequente Töne erzeugt. Auf Dauer nicht auszuhalten, und es kommt bei vielen Unentschlossenen sicherlich auch »unsympathisch« rüber. Ich vertrete den Standpunkt, das friedliches Auftreten gut und richtig ist. Doch was wurde dadurch erreicht? Aus dem Ausland sehen wir, dass die Dynamik praktizierten körperlichen Unmutes zu Rücktritten der Verantwortlichen geführt hat. Sollten wir nicht durch Aktionen die Regierung stürzen? Ist die »rote Linie« nicht bereits soweit überschritten, dass nach dem Motto: »Wer nicht hören will, muss fühlen« vorgegangen werden sollte? Sind wir nicht zu passiv? Ist das für Euch diskutabel? Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass ich in meinem Umfeld immer wieder die Meinung höre, dass es sich um einen von der Regierung unterstützen und damit kontrollierten Widerstand handelt. Beweise dieser These konnte diesbezüglich noch niemand vorlegen. Es wird ja auch sehr viel von Wichtigtuern gelabert. Wir müssen uns jedoch fragen, warum dieser Eindruck entsteht? Ich freue mich, wenn Ihr antwortet! Viele Grüße (kein Troll, kein Faktenchecker, kein »Spion« des *Mainstreams* oder des Verfassungsschutzes).
– Holger R.

### KOLUMNE NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL

Hallo DW-Team, seit etwas über eineinhalb Jahren bin ich nun Ihr treuer Abonnent und Leser. Besonders interessant finde ich hierbei immer die Kolumne von Dirk Sattelmaier (mir klingt außerdem auch immer noch seine Stimme im Ohr, als er am 29. August 2020 die Menschen vor der Bühne bat, die absurden Mindestabstände einzuhalten: »Gehen Sie einfach weg, warum gehen Sie nicht weg?!«. Heute dann bin ich über ein Meme (*t.me/Unregierbar/11749*) gestolpert, bei dem ich direkt denken musste: »Mensch, der Anwalt hier könnte auch Dirk Sattelmaier sein. :-D«
Viele Grüße
– Markus H.

### GRUSS AN HERRN BILL GATES

Kommt ein Spike angeflogen,
setzt sich nieder auf mein Fuß.
Hat nen Zettel im Schnabel,
von Herrn Gates einen Gruß.

Lieber Spike, fliege weiter,
sag Herrn Gates einen Gruß.
Ich will Spikes nicht mehr haben,
weil ich g'sund bleiben muss.
Mit freundlichen Grüßen – P.M.-K.




*Möglich, wenn die Politik es will: höhere Löhne statt Gierflation.* Foto: Sandra Doornbos

# DIE GIERFLATION

***Energiekonzerne & Co treiben die Preise schamlos in schwindelnde Höhen. Mit einer halbherzigen Übergewinn-Steuer sollen die Deutschen nun besänftigt werden.*** | Von Hermann Ploppa

**Gelegenheit mach Diebe. Wo keine wirkungsvolle Preisaufsicht mehr existiert, langen Unternehmen mit Monopolmacht hemmungslos zu. Das war immer so.**

Hungersnöte im Mittelalter, in der Neuzeit und auch heute noch in der so genannten Dritten Welt haben ihre Ursache meistens darin, dass Lebensmittel knapp wurden. Das eingeschränkte Angebot trieb die Preise nach oben. Wo keine politische Instanz diesem perversen Treiben Einhalt gebietet, bekommen Kinder Gasbäuche und selbst starke Männer werden zu Haut und Knochen. Und das ist auch in anderen Bereichen nicht anders. Mächtige Konzerne verabreden sich, einander nicht zu unterbieten und bilden Preiskartelle. Koste es, was es wolle.

Der Ukraine-Krieg und die Corona-Kampagne machen da keine Ausnahme. Die mRNA-Impfstoffe werden unter Monopolbedingungen zu obszön überhöhten Preisen verhökert. Und nun geht der Preis für Energie hemmungslos durch die Decke. 2,24 Euro für einen Liter Superbenzin war schon eine traurige Bestleistung.

Es ist ja schließlich die Solidargemeinschaft der Steuerzahler, die für die Steuereinbußen durch verminderte Leistungen letzter Hand teuer wieder büßen muss. Ist das durch höhere Kosten irgendwie gerechtfertigt? Das behauptet nicht einmal irgendein Lobredner der Konzerne. Ein Barrel Rohöl (das sind 159 Liter) kostete im Februar dieses Jahres an der Börse 139,13 Dollar. Im Juli war der Barrel für nur noch 94,28 Dollar erhältlich. Das macht einen Preissturz um mehr als ein Drittel!

### PURE GIER BEI PREISBILDUNG

Es gibt also überhaupt keine ökonomische Begründung für den Preisaufschlag, den der Endverbraucher an der Zapfsäule zu berappen hat. Kein Wunder also, dass Beobachter der Szene in den USA von »Greedflation« sprechen. Zu Deutsch also: eine Inflation, die nur durch pure Raffgier der Konzerne und Kartelle angetrieben wird. Die Monopolmacht kombiniert mit der Impotenz der deutschen Politiker macht's möglich. Die Menschen draußen im Lande spüren zumindest, dass nicht der böse Putin den Benzinpreis treibt, sondern alleine nur diese »Gierflation«. Deswegen müssen die Politiker auch etwas in der Hand haben, was die aufgebrachte Bevölkerung ein wenig besänftigen kann.

Und so wird eine »Übergewinnsteuer« in die Manege geworfen. Wobei zunächst einmal der Begriff »Übergewinn« etwas problematisch ist. Denn streng genommen versteht man in der Wirtschaftswissenschaft unter Übergewinn oder Residualgewinn alle Gewinne, die dem Unternehmer nach Abzug der Kosten zum persönlichen Vergnügen verbleiben. Diese Art von Übergewinn sei den Unternehmern ja durchaus gegönnt. Aber bei dem in den Medien benutzten Begriff »Übergewinn« geht es eher um eine volkswirtschaftlich extrem gefährliche und zerstörerische Ausnutzung einer Notsituation mit großem Schadenspotential für die Volkswirtschaft.

Nun gut. Der momentane SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil kann sich für eine Übergewinnsteuer genauso erwärmen wie die Grünen-Chefin Ricarda Lang. Und der forsche Europa-Parlamentarier Rasmus Andresen meint: »Wir Grüne schlagen deshalb eine Übergewinnsteuer von 50 Prozent auf exzessive Gewinne vor. Und ein weiterer Teil dieser Gewinne soll in Investitionen in erneuerbare Energie fließen, die wir dringend benötigen.« Der junge Mann weiß natürlich selber allzu genau, dass solche Sprüche zwar die eigene neureiche Grünen-Klientel bespaßen können, aber keine Aussicht auf Umsetzung in der Realität besteht.

### ENDLICH ERNST MACHEN UND ENTEIGNEN

Wie wäre es, wenn man den Konzernen ihre Raffke-Aufschläge einfach untersagt und mit Verstaatlichung winkt? Das wäre der einfachste Weg anstatt der Bevölkerung das Geld aus der einen Hosentasche heraus zu zerren und das selbe Geld sodann zumindest teilweise in die andere Hosentasche wieder hinein zu bugsieren. Der ehemalige Goldman Sachs Chef Mario Draghi fungierte bis vor Kurzem auch mal als italienischer Regierungschef und hatte im Mai bereits eine solche angedachte Übergewinnsteuer in Italien tatsächlich durchgesetzt. Nun weigern sich aber die Ölkonzerne ganz kackfrech, diese Steuer an die Solidargemeinschaft zu zahlen. Womit überdeutlich die realen Machtverhältnisse aufgezeigt sind.

In Deutschland diskutiert man noch. Die Partei der Fahrer Deutscher Porsches findet die Idee grauenhaft. FDP-Fraktionschef Christian Dürr argumentiert: »Eine Übergewinnsteuer wäre eine Aufforderung an innovative Unternehmen wie Biontech, die derzeit gute Gewinne machen und bereits ordentlich Steuern zahlen, unser Land zu verlassen. Das kann doch niemand ernsthaft wollen.«

Christian Rusche vom Institut der deutschen Wirtschaft gibt zu Bedenken: Investitionen würden durch die Übergewinnsteuer abgewürgt. Damit würden Innovationen ausbleiben. Am Ende hätten wir dann weniger Versorgungssicherheit. Sebastian Dullien vom Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages kann der Übergewinnsteuer dagegen durchaus einen gewissen Charme abgewinnen. Es würde ökonomisch durchaus Sinn machen, Übergewinne nachträglich »abzugreifen«. Investitionen würden dadurch keinesfalls begrenzt.

Angesichts der Tatsache, dass die Mineralölkonzerne Chevron, Repsol oder Exxon ihren Gewinn im Raffke-Modus glatt mal eben vervierfachen, und Shell sowie Total ja immer noch ihren Gewinn glatt verdoppeln, kann man der Sichtweise des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages doch einiges abgewinnen. Es gibt obendrein noch strukturell bedingte Übergewinne, die schon seit Jahren gang und gäbe sind. Viele Obszönitäten der aktuellen Preisgestaltung ergeben sich im Zusammenhang mit den »Eigentümlichkeiten« der Leipziger Energiebörse, wie sich ein TV-Wirtschaftsmagazin vornehm auszudrücken erlaubte. In Leipzig wird jener Strom gehandelt, der nicht bereits durch Verträge im Vorhinein aufgekauft wurde. Sondern der schnell noch hinzugekauft wird, wenn zum Beispiel ein städtischer Stromversorger zu den bereits vertraglich gesicherten noch zusätzlichen Strom benötigt. Eine solche Notsituation erlaubt es dem Anbieter, ordentlich draufzuschlagen.

Strom wird aus unterschiedlichsten Primärenergien hergestellt: aus Wasserkraft, Wind, Sonne, Atomkraft, Kohle, Öl oder Gas. Die Primär-Energiequellen kosten aber unterschiedlich viel Geld. Die Börsenbetreiber legen aber eigenartigerweise fest, dass der Strompreis für alle Stromquellen sich nach dem teuersten Anbieter richtet. Weil Gas im Moment am teuersten ist, werden auch die billigeren Stromsorten so teuer verkauft wie der Strom mit der teuersten Primärenergie. Hier fallen also schon seit Jahren gigantische Übergewinne für Stromanbieter an.

### UNGARN ZEIGT, WIE ES GEHEN KANN

Kein politischer Wille ist vorhanden, dieser Abzocke durch entsprechende Gesetze und Verordnungen Einhalt zu gebieten. Dabei zeigt ausgerechnet ein relativ kleiner Staat wie Ungarn, dass mit politischen Hebeln durchaus was zu machen ist. Denn der ungarische Präsident Viktor Orbán, den man nicht unbedingt lieben muss, hat den Benzinpreis an der Zapfsäule auf 1,30 Euro »gedeckelt«. Es geht also, wenn der politische Wille vorhanden ist.

Aber anstatt der mutwilligen Verarmung der deutschen Bevölkerung durch kriminelle Raffkes einen Riegel vorzuschieben, lenkt man die Bevölkerung mit einer Geisterdebatte über die Besteuerung von »Übergewinnen« ab und hegt die öffentliche Diskussion auf diese Weise ein. Wer wirklich dem Übel zu Leibe rücken möchte, der sollte ganz offen und ungeniert über Enteignung und Verbot von Konzernen und Kartellen sprechen. Es geht schließlich um nichts Geringeres als um die Rettung der Volkswirtschaft und um den Erhalt des Gemeinwohls.

# Mit elektrischer Wärme in den Untergang

***Elektroheizungen sollen uns im nächsten Winter warm halten. Glatter Wahnsinn, sagen nicht nur die Experten.*** | Von Hermann Ploppa

**Unser noch amtierender Wirtschaftsminister und Vizekanzler sieht reichlich angezählt aus. Robert Habeck muss nämlich den Leuten draußen im Lande erklären, dass sie im Zuge der Gasumlage in Zukunft 2,419 Cent pro Kilowattstunde mehr berappen müssen, damit die Gasgroßhändler nicht pleite gehen.**

Denn wie im Demokratischen Widerstand Ausgabe 100 bereits berichtet, ist das für Deutschland bestimmte russische Gas bereits gewinnbringend nach Polen weiter verschachert worden. Aus den 2,419 Cent werden bei einer durchschnittlichen deutschen Familie schnell einige Hundert Euro mehr im Jahr, die für Gas aufgebracht werden müssen. Da auch einige größere Wohnungsvermieter bereits Drosselungen der Heizleistung angekündigt haben, ist nun bei Mietern die große Angst vor dem Bibbern im Fernsehzimmer für den nächsten Winter ausgebrochen. Also kaufen Menschen ohne eigenes Haus jetzt panisch elektrische Heizkörper, so genannte Radiatoren, um wenigstens etwas Wärme im Wohnzimmer zu haben.

So registrieren die großen Märkte bereits jetzt im heißen Sommer eine gegenüber dem Vorjahr glatt verdoppelte Nachfrage nach elektrischen Heizungen. Das ist natürlich weder ökologisch noch sozial eine brauchbare Lösung des Problems. So fürchten Fachleute, dass die extrem stromfressende Radiatorenwärme den Trend zum Zusammenbruch des Stromnetzes weiter beschleunigen wird. Denn schon der extrem gestiegene Strombedarf durch Elektromobilität und gefräßige Handy-Türme könnte recht bald die Grenzen der Leistungsfähigkeit unserer Netze aufzeigen.

### INEFFIZIENTE UM- UND IRRWEGE

Und: Strom in Wärme umzuwandeln ist extrem unwirtschaftlich. Das freut vielleicht die Anteilseigner von Elektrokonzernen. Aber die langen Gesichter der Endverbraucher sind vorprogrammiert. Der Weg von der Primärenergie zum Endgerät ist extrem verwickelt und lang. Erstmal muss aus Gas, Kohle oder auch Wind Strom gemacht werden. Dabei sind die verschiedenen Primärenergien extrem unterschiedlich. Gas ist dabei doppelt so effektiv wie Atomkraft und deutlich effektiver als Kohle oder Erdöl.

Vom Kraftwerk bratzelt sodann der Strom über lange Leitungen bis zur heimischen Steckdose. Bei diesem Transport können noch einmal bis zu 60 Prozent des eingespeisten Stroms unterwegs verloren gehen. Nun muss der Strom aus der Steckdose noch einmal in das Endgerät fließen. Auch hierbei geht wieder viel Strom verloren. Wenn dann der Radiator technisch nicht ganz fit ist, verbrät er noch einmal viel mehr Strom für die heimische Wärme als eigentlich vorgesehen und von der Behörde genehmigt. Die einfache Umwandlung von Gas in Wärme im Haus wäre nach wie vor einem solchen Unfug eindeutig vorzuziehen. Wer nun allerdings das Glück hat, in den eigenen vier Wänden zu wohnen, könnte sich jetzt eine so genannte Wärmepumpe einbauen lassen. Ein außerordentlich komplexes System, das angeblich aus einem Kilowatt glatt vier Kilowatt wohlige Wärme zaubern soll. Für dieses Zauberkunststück muss der Hausbesitzer allerdings bis zu 20.000 Euro aus eigener Tasche hinlegen. Bis vor Kurzem konnte der Bauherr sich dafür einen günstigen Zuschuss plus Kredit bei der Kreditbank für Wiederaufbau besorgen. Doch Habeck hat diese Option jetzt gerade massiv beschnitten.

### KEIN WEG FÜHRT VORBEI AN NORD STREAM 2

Für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung sind die Wärmepumpen trotz des Besuchs von Bundeskanzler Olaf Scholz beim führenden Wärmepumpen-Anbieter Viessmann auf lange Sicht keine Option. In Deutschland gibt es 22 Millionen Heizgeräte. Im letzten Jahr sind allerdings gerade erst 154.000 Wärmepumpen verbaut worden. Es bedarf somit keiner großen Rechenkunststücke um festzustellen, dass uns auch diese netten Heizsysteme nicht vom bösen russischen Gas befreien können. Demokratisches regelbasiertes *Fracking*-Gas aus den USA kann und darf die Gaslücke definitiv nicht füllen. Auch wenn ein Hamburger Boulevardblatt sich gerade wieder aufregt: Es ist absolut richtig und wichtig, dass sich endlich massiver Widerstand gegen den Aufbau von *Fracking*-Gas-Terminals formiert.

Und wenn wir den Stromausfall vermeiden und Deutschland nicht mit Vollgas gegen die Wand fahren wollen, gibt es nur eine vernünftige Option: Macht endlich die Pipeline Nord Stream 2 auf!



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.




Karikatur: t.me/pandemimimi

## MELDUNG

### ABRECHNUNGSWELLE BEIM RBB

Potsdam/DW. Beim Propagandakonzern *Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)* gibt es eine Palastrevolte. Am Mittwoch demonstrierten freie Mitarbeiter vor der Konzernzentrale. Zuvor war bereits *RBB*-Intendantin Patricia Schlesinger abgesetzt worden. Zum Jahressalär von 300.000 Euro hatte Schlesinger sich unrechtmäßige Gratifikationen und private Bewirtungen bezahlen lassen, wie das Propagandaformat *Tagesschau* einräumte. Zuletzt veröffentlichte der *RBB* weitere GEZ-Gehälter, darunter des *RBB*-Verwaltungsdirektors, der Justitiarin, des Betriebs- und des Programmdirektors, die jeweils rund 200.000 Euro Rumpfgehalt aus GEZ-Zwangszahlungen jährlich überwiesen bekommen. Hintergrund der selbstgeschaffenen Skandale im *ARD*-Komplex ist wahrscheinlich die anfänglich kritische Haltung Schlesingers und Teile des *RBBs* gegenüber dem Nato-Krieg in Osteuropa. Schlesinger und der *RBB*, die die Corona-Lüge noch fanatisch unterstützt hatten, gelten als Bauernopfer bei der weiteren Gleichschaltung auf den Weltkriegskurs der US-Besatzer in Deutschland. (ale)

### DEUTSCHE INDUSTRIE KANN NICHT PRODUZIEREN

Wiesbaden/DW. Obwohl die Auftragsbücher deutscher Industrie-Unternehmen so voll wie noch nie sind, können viele Unternehmen der Nachfrage nicht nachkommen. Im Vergleich zum Vorjahr sei das Auftragsvolumen laut Zahlen des statistischen Bundesamtes um mehr als 14 Prozent gestiegen. Vor allem bei deutschen Maschinenbauern fehlt es aufgrund der wirtschaftsfeindlichen restriktiven Corona-Maßnahmen an Vorprodukten, die für den vollständigen Produktionsprozess nötig sind. Wirtschaftsexperten sind sich einig, dass ein bevorstehender Wirtschaftskrieg des »Werte-Westens« gegen die Volksrepublik China katastrophale Folgen mit sich bringen würde. Fehlende Rohstoffe aus Russland und nicht gelieferte chinesische Vorprodukte würden den von globalen Lieferketten abhängigen Wirtschaftsstandort Deutschland in eine verheerende Dauerkrise stürzen. (ber)



# Brennholz statt Klopapier

MOTOR MITTELSTAND | KOLUMNE ***von Wolfgang Greulich***

**In Deutschland wird Holz gestohlen wie noch nie zuvor. Die Lager sind leergefegt, die Verbraucher haben kaum mehr einen Zugriff darauf.**

Der Preis für einen Festmeter Kaminholz hat sich binnen weniger Monate von 60 bis 70 Euro auf 100 bis 200 Euro erhöht. Die von den Diebstählen betroffenen mittelständischen Waldeigentümer beklagen Schäden von mehreren Millionen.

Grund hierfür wird überwiegend in der Gaskrise gesucht. Putin ist schuld, denn er liefert weniger Gas. Der *Mainstream* tut alles, um diese Lüge weiterhin aufrechtzuerhalten. Jetzt also Brennholz statt Klopapier. Nein, auf keinen Fall sind es die rückwärts gerichteten Sanktionen unserer vorsätzlich handelnden Bundesregierung. Alles, nur kein Gas bitte. Die Hürden der Kohlekraftwerke zurück ans Netz scheinen schier unüberwindlich, die Kraftwerke sind in der Reserve und da bleiben sie auch. Der Betrieb wurde zwar durch eine Verordnung der Bundesregierung am 14. Juli 2022 erlaubt, die Betreiber jedoch zeigen kaum Interesse – zu viele unüberwindbare Hindernisse.

Der Gasenergieverband unterdessen sagt *Mainstream*-tauglich, die Gasvorräte könnten reichen. Klar, aber nur, wenn Putin die Liefermenge nicht reduziert. Der Verband hat offensichtlich die Lügen der Bundesregierung durchschaut, handelt aber trotzdem nicht im Sinne seiner Kunden. Warum fordern sie nicht endlich die Öffnung der Nord Stream 2 *Pipeline*? Ach ja, ganz vergessen, die Amerikaner haben das untersagt. Schlecht, wenn der Bundeskanzler eine Marionette ist. Klartext endlich, ihr Unternehmer. Wissen ist eine Holschuld.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel »made in Germany«!

Ergänzend zur Ausgabe 100: Es war klar, es gibt keinen Verdachtsfall gegen Scholz in Sachen Cum-Ex. Das sagt jetzt sogar die Generalstaatsanwaltschaft. Nun ja, wenn die Damen und Herren nur sonst so korrekt in Sachen des Beschuldigten ermitteln würden. Im »besten Deutschland aller Zeiten« haben wir kaum mehr eine echte Rechtsprechung zu erwarten.

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.




*Die deutsche Friedensbewegung lehnt Waffenlieferungen in die Ukraine strikt ab.* *Foto: Hannes Henkelmann*

# KRIEG GEGEN ZIVILISTEN

***Neues von der Ostfront***
Von Felix Feistel

**Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland nach eigenen Angaben »eine Militäroperation in der Ukraine« durch. In diese mischen sich viele Staaten Europas und Nordamerikas ein, und versuchen Russland durch Sanktionen wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Dies hat Folgen in globalem Maßstab. Die neuesten Entwicklungen zusammengefasst.**

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat in einem neuen Bericht festgestellt, dass die Ukraine in ihrem Kampf gegen die russischen Soldaten gegen das Kriegsvölkerrecht verstößt und das Leben von Zivilisten gefährdet. Die Soldaten stationieren ihre Artillerie gezielt in Wohngebieten, benutzen zivile Gebäude wie Schulen und Krankenhäuser als Waffendepots und Stellungen.

Insgesamt in 19 verschiedenen Städten und Gebieten, darunter Donbass und Charkiw hat die Organisation Fälle von Angriffen der ukrainischen Streitkräfte auf Wohnhäuser und den Einsatz von Waffen auf zivile Infrastrukturen registriert. Von April bis Juli hat die Organisation Gebiete russischer Angriffe untersucht, Überlebende und Zeugen befragt und die Einschlagsorte untersucht. Dabei fanden sie Beweise dafür, dass die ukrainischen Soldaten gezielt aus dicht besiedelten Wohngebieten heraus operierten.

Der russische Generaloberst Michail Misinzew, Leiter der ressort-über ber-greifenden Koordinierungsstelle für humanitäre Hilfe und Leiter des Nationalen Verteidigungsmanagementzentrums Russlands, teilte mit, dass ukrainische Soldaten ein Waffen- und Munitionsdepots im Entbindungskrankenhaus von Dobropoljein der Donezker Volksrepublik eingerichtet haben. »Medizinisches Personal, Frauen mit Neugeborenen wurden nicht evakuiert und werden als menschliche Schutzschilde benutzt«, erklärte er weiter. Dies bestätigt den Bericht von Amnesty International.

### GEZIELTE ANGRIFFE AUF UNBETEILIGTE

In den letzten Wochen hat die Ukraine zudem damit begonnen, Millionen an Antipersonenminen in den Donbass zu schießen. Der Einsatz dieser Minen ist völkerrechtswidrig und international geächtet. Immer wieder werden sie von russischen Soldaten entschärft, doch allein die schiere Anzahl macht sie zu einer Gefahr für Zivilisten. Es kam schon zu einer Reihe von Todesfällen und Verletzungen. Westliche Medien hingegen behaupten, die Minen würden von russischer Seite abgeschossen. Warum Russland seine verbündeten Gebiete beschießen sollte, erschließt sich jedoch nicht.

Zudem wurde das Untersuchungsgefängnis in Jelenowka Ziel von Artilleriebeschuss. Hier saßen ukrainische Mitglieder des Asow-Bataillons ein, die auf ihre Prozesse warteten. Russland beschuldigte die Ukraine und erklärte, dass der Angriff mit dem US-Amerikanischen HIMARS-System durchgeführt wurde. Die Ukraine hingegen beschuldigte Russland. Nun will die UNO eine Untersuchungsmission einrichten, welche der Frage der Schuld auf den Grund gehen soll. Kurz vor dem Beschuss sagten einige der Inhaftierten über Menschenrechtsverletzungen aus und erklärten, diese seien von Selensky selbst angeordnet worden.

Die russische Generalstaatsanwaltschaft sieht es als erwiesen an, dass die ukrainischen Asow-Milizen zahlreiche Menschenrechtsverbrechen begangen haben. Das erklärte der Leiter der Aufsichtsbehörde Igor Krasnow in einem Interview mit der Zeitung *Kommersant*. »Die von den Asow-Kämpfern begangenen Verbrechen können in ihrer Grausamkeit nur mit den Aktionen der Nazi-Invasoren und ihrer Komplizen während des Zweiten Weltkriegs verglichen werden. Wir haben Beweise dafür gefunden, dass die Asow-Kämpfer die Werke faschistischer Ideologen, einschließlich Nazi-Symbolen und -Parolen, als ideologische Grundlage verwendet haben.«, erklärte er und führte zudem aus, dass es Video- und Audiomaterial gebe, das beweise, dass die Kämpfer Zivilisten, darunter auch Kinder gefoltert und getötet hätten.

### SELENSKY PROVOZIERT NUKLEARE KATASTROPHE

Seit Anfang August wird das Kernkraftwerk Saporoschje Ziel des Beschusses mit Drohnen, schwerer Artillerie und Mehrfachraketenwerfern. Daraufhin wurde das Kraftwerk heruntergefahren. Die Ukraine selbst gibt zu, die Kampfdrohnen eingesetzt zu haben. Allerdings behauptet Kiew, militärische Ziele in der Nähe des AKW angegriffen zu haben, wohingegen russisches Bild- und Videomaterial zeigt, dass sie das Kraftwerk gezielt angegriffen haben. So wurden auch Granatentreffer auf die Infrastruktur und ein Atommülllager registriert. Westliche Medien wie *Der Spiegel* behaupten zudem, Russland sei für die Angriffe verantwortlich, und das, obwohl sich das AKW schon seit Beginn der militärischen Operation in russischer Hand befindet.

Der russische Senator und Leiter des Ausschusses für Verfassungsgesetzgebung und Staatsaufbau des Föderationsrates, Andrei Klischas, erklärte auf seinem Telegram-Kanal, die Verantwortung für Folgen einer möglichen Katastrophe in Folge des Beschusses läge bei Washington und Kiew. Bei dem AKW handelt es sich um das größte Europas, eine Beschädigung wichtiger Anlagen könnte daher verheerende Folgen für ganz Europa und Teile Asiens haben. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) fordert ausdrücklich, das Kraftwerk untersuchen zu dürfen, was Kiew jedoch verweigert. Gleichzeitig wird der Anschein erweckt, es sei Russland, das die Untersuchung verweigere.


Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

# »KEINE MASKE MEHR AUF«

*Der Comedian NIKOLAI BINNER im DW-Interview. Von Klaus Müller*

**Herr Binner, vor Corona spielte Politik in Ihren Programmen kaum eine Rolle, aber seitdem thematisieren Sie auf amüsante Weise unter anderem die Absurdität der Corona-Maßnahmen, die willkürliche Polizeigewalt auf Demos, die Hetze der Altmedien gegenüber Andersdenkende oder auch die *Wokeness*-Ideologie. Die Folgen: Ihre Agentur trennte sich von Ihnen, Comedy-Clubs warfen Sie raus. Wie gehen Sie damit um?**

Nikolai Binner: Ich werde in der Branche von vielen gehasst und gemieden. Das ist für mich aber kein Problem, denn mit allen, die sich von mir abgewendet haben, würde ich ohnehin nichts mehr zu tun haben wollen, weil ich weiß, dass ich mich auf sie nicht hätte verlassen können. Solche Menschen brauche ich nicht in meinem Leben. Eine weitere Konsequenz meiner Witze: Es ist für mich nicht mehr so leicht, *Locations* für meine Shows zu finden.

**DW: In Berlin soll es kaum noch eine Bühne geben, auf der Sie erwünscht sind. Wie viele Veranstalter müssen Sie anfragen, um eine Zusage zu erhalten?**

N.B.: Wenn ich bei 15 Anfragen eine Zusage bekomme, habe ich Glück gehabt. Was kurios ist: Bis auf eine Ausnahme – dabei handelte es sich um einen Veranstalter, der die »Impfung« gegen Corona befürwortete – hat mir bis heute kein Club-Besitzer konkret sagen können, warum ich bei ihm nicht auftreten kann. Von einigen bekomme ich gar keine Rückmeldung, von anderen nur Plattitüden zu hören, etwa dass meine Programminhalte oder meine politische Einstellung antidemokratisch sein sollen. Erklären kann oder will man das mir gegenüber aber nicht. Es gibt auch Veranstalter, die von anderen Künstlern erpresst werden.

**Inwiefern?**

N.B.: Wenn ich für *Shows* gebucht wurde, in der auch andere Comedians auftreten sollten, kam es vor, dass diese sagten: »Entweder er oder wir!« Da ging es um Kontaktschuld. Ich habe stets den Kürzeren gezogen. Aber egal, die Deppen-Veranstalter sortieren sich somit selbst aus. Für die Zukunft weiß ich, mit wem ich zusammenarbeiten kann und mit wem nicht. Für mich haben sich auf der anderen Seite auch viele neue Türen geöffnet. Und ich trete letztlich nur noch dort auf, wo es energetisch wirklich cool ist.

**Wie äußert sich das?**

N.B.: Ich mache derzeit die besten Shows, die ich jemals in meinem Leben hatte. Und ich werde nur noch von Leuten abgefeiert, die Verstand haben. Das finde ich sehr schön. Normalerweise muss man ein Comedy-Publikum immer erst ein wenig aufwärmen. Das hat sich komplett geändert. Meine Zuschauer sind sofort da. Sie warten wie blutrünstige Piranhas auf ihr Stück Fleisch – also darauf, dass ich ihnen meine Witze reinballere.

**In Ulm wollten Sie Ende Juli im dortigen »Theatro« auftreten, mussten sich aber kurzfristig – angeblich aus personaltechnischen Gründen – einen neuen Veranstaltungsort suchen. Hinterher äußerte der Betreiber in der Presse, es sei ein Fehler gewesen, Ihnen einen Ort zuzusagen.**

N.B.: Mir war von Anfang an klar, dass er bei der Absage nicht ehrlich war. Letztlich war es ein weiterer Fall von *Cancel Culture*. Aber das bin ich inzwischen gewohnt.

**Sie sind dann im Teutonia-Biergarten aufgetreten, dessen Pächter nach eigener Aussage in der örtlichen Presse politisch neutral sei und sein Bier auch »Aluhutträgern« ausschenke. Wie fanden Sie diese Äußerungen?**

N.B.: Ich habe gelacht, als ich es gelesen habe. Wichtig ist: Er hat mir eine Bühne gegeben. Nur das zählt für mich. Er muss ja nicht gleich mein bester Freund werden.

**Die Altmedien bezeichnen Sie als »umstritten« und *framten* Sie zuletzt als »Zuarbeiter der neuen Rechten«. Stimmt das?**

N.B.: Wer ausschert, hinterfragt oder kritisiert, wird in unserem Land sofort als »rechts« diskreditiert, um ihn besser bekämpfen zu können. Aber es freut mich, dass ich an den Pranger gestellt werde und die Zielscheibe für diese Vollpfosten-Journalisten bin. Ich hoffe, dass dadurch auch andere Leute, die noch über ein Mindestmaß an Verstand verfügen, aufwachen und sehen, wie hetzerisch und dumm diese Medien agieren.

**Sie wurden auch mal als »wohl unkorrektester deutscher Komiker« bezeichnet. Schon besser?**

N.B.: Ja. Das empfinde ich sogar als großes Lob. Denn in Zeiten wie diesen gilt man ja nur als korrekt, wenn man mit dem *Mainstream* schwimmt, dem politischen und gesellschaftlichen Narrativ zustimmt. Das zeigt, in welche Richtung wir uns bewegen.

**Vor wenigen Monaten wurden Sie wegen Ihrer *Comedy* angezeigt, weshalb nun die Staatsanwaltschaft gegen Sie ermittelt. Wie kam es dazu und wie lautet der konkrete Vorwurf?**

N.B.: Wer mich angezeigt hat, weiß ich nicht. Die Staatsanwaltschaft rückt die Akten nicht heraus, obwohl mein Anwalt Dirk Sattelmaier sie bereits vor mehreren Monaten angefordert hat. Im Schreiben, das ich bekam, wurden ein paar meiner Witze zitiert: In einem Video verwendete ich das Zitat »Ungeimpfte sind Sozialschädlinge« (stammt von FDP-Politiker Rainer Stinner, Anm. d. Red.) und ergänzte dies mit einem Volksjubel-Ausschnitt aus der Nazi-Zeit.

Aus meiner Sicht fällt das ganz klar unter Kunstfreiheit. Aber man wirft mir vor, ich hätte den Nationalsozialismus verharmlost. Was merkwürdig ist: Vier weitere Personen aus meinem Bekanntenkreis, die ebenfalls im Widerstand aktiv sind, bekamen in derselben Woche ein ähnliches Schreiben von der Staatsanwaltschaft. Zufall? Für mich sieht es eher nach einer koordinierten Aktion aus.

**ZUR PERSON**

Nikolai Binner wurde 1991 in Gelnhausen, nahe Frankfurt am Main, geboren. Zunächst versuchte er sich unter anderem als Landschaftsgärtner, Promoter, Musikproduzent und Umzugshelfer, ehe er ab 2016 als Stand-up-Comedian durchstartete. »Bewaffnet mit dem Wissen aus mystischen Erfahrungen gepaart mit dem Charme eines Kleinstadt-Assis, der die schiefe Bahn nur zu gut kennt, nimmt er alles und jeden aufs Korn«, wird er auf seiner Internetseite beschrieben (nikolaibinner.de). Dort sowie auf seinem Youtube-Kanal sind seine Sketche zu sehen – und live auf der Bühne, unter anderem am 14. Oktober in Münster.

*Für Nikolai Binner ist klar, warum es so einfach war, das Volk zu spalten: »Wir sind eine traumatisierte Gesellschaft.« Foto: Ulrike Reinker, Düsseldorf.*

**Will man Sie mundtot machen?**

N.B.: Ich bin mir sicher, ich wurde angezeigt, damit ich mein Maul halte. Es ist ganz offensichtlich ein Einschüchterungsversuch.

**Was bewirkt dieser bei Ihnen?**

N.B.: Natürlich das Gegenteil! (lacht) Ich werde mich niemals einschüchtern lassen. Ohnehin sorgt die *Cancel Culture* dafür, dass ich als Comedian immer gefragter werde und meine *Shows* stets ausverkauft sind. Viele schreiben mir, dass sie mich jetzt erst recht *live* erleben und somit unterstützen wollen. Ich erfahre unglaublich viel Solidarität. Die Leute wollen das sehen, was sie nicht dürfen. Das war schon immer so.

**Was gerade in Mode gekommen ist, sind SEK-Kommandos, die unbescholtene Bürger, die sich für die Freiheit und Demokratie in unserem Land einsetzen, daheim besuchen, indem sie morgens um 6 Uhr die Haustüre eintreten und die Wohnung stürmen. Befürchten Sie, das könnte Ihnen auch blühen?**

N.B.: Ich würde es mir natürlich nicht wünschen, aber auszuschließen ist es nicht. Mich überrascht in diesem Land gar nichts mehr.

**Darf man sich als Comedian alles erlauben?**

N.B.: Grundsätzlich gibt es für mich keine Grenzen. Ich mache Witze über alles und jeden. Ob man es lustig findet, ist natürlich Geschmackssache. Aber ich denke, man darf niemanden ausschließen – weder beim Humor noch aus der Gesellschaft. Wer das macht, ist ein Faschist. Dennoch muss man aufpassen: Wer im Dritten Reich öffentlich Witze über Hitler gemacht hätte, wäre wahrscheinlich nicht sehr alt geworden.

**Sie hätten es aber einfacher haben, mit der Masse schwimmen oder das Thema Corona einfach ausklammern können. Warum war das für Sie keine Option?**

N.B.: Wie könnte ich die derzeitige gesellschaftliche Situation nicht thematisieren? Einfach brav mitmachen bei dem Wahnsinn? Nein, das ist nicht mein Ding. Ich möchte immer sagen dürfen, was ich denke. Ich spüre einen unglaublich starken Freiheitsdrang in mir. Dieser ist dadurch entstanden, dass ich mich in meinem Leben lange Zeit sehr limitiert gefühlt habe.

**Wie meinen Sie das?**

N.B.: Ich war irgendwie unfrei, hatte viele Ängste – auch vor möglichen Konsequenzen meiner Äußerungen. Deshalb hielt ich mich zurück, hatte mir quasi eine Selbstzensur auferlegt. Warum ich so war? Ich möchte nicht ins Detail gehen. Es hängt zusammen mit der Art und Weise, wie ich aufgewachsen bin, mit persönlichen Erfahrungen und einer gewissen selbstsabotierenden Ego-Struktur. Seitdem ich diese Angst vor einigen Jahren abgelegt habe, ist mein Freiheitsdrang unermesslich. Durch den Gegenwind der letzten Jahre bin ich weiter gewachsen, noch mehr ich selbst und viel selbstbewusster geworden.

**Kann man als Komödiant zu einer gesellschaftlichen Veränderung beitragen?**

N.B.: Jeder Einzelne von uns kann das – sei es durch Comedy, Lieder, Texte oder Aussprechen der Wahrheit. Dadurch werden im Optimalfall auch andere Menschen mutiger. Wenn einer anfängt, sein Maul aufzumachen, macht es möglicherweise auch der Nächste.

**In einem Ihrer Videos zitieren Sie Kurt Tucholsky: »In Deutschland gilt derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht.« Und die Meinungsfreiheit in unserem Land vergleichen Sie mit einer »leblosen Crack-Nutte«. Ein ziemlich krasser Vergleich, oder?**

N.B.: Aber so fühlt es sich an. Ich reagiere sehr giftig, wenn ich spüre, dass unsere Grundrechte – darunter fallen auch die Rede-, Meinungs- und Kunstfreiheit sowie das Recht auf medizinische Selbstbestimmung – angegriffen werden. Leider erleben wir das in unserem Land nun schon seit fast drei Jahren.

**Einige von den Künstlern, die aufbegehrten, sind prompt wieder eingeknickt. Wie erklären Sie sich das?**

N.B.: Es ist eine Extremsituation, wenn plötzlich gefühlt die halbe Welt gegen einen ist. Das geht nicht spurlos an einem vorbei. Dafür braucht es Rückgrat, ganz viel Stärke und Durchhaltevermögen.

**Sie sagten mal, es sei erstaunlich, wie einfach es war, das Volk zu spalten. Haben Sie eine Erklärung dafür?**

N.B.: Wir sind eine traumatisierte Gesellschaft und zwar global gesehen. Jedes Land hat seine eigene Geschichte mit dunklen Schatten, für die es unterschiedliche Gründe gibt. Bei uns in Deutschland ist das gesellschaftliche Klima unter anderem eine Folge des Zweiten Weltkriegs: Seitdem stecken wir in einem tiefen Schuldkomplex. Traumata werden von Generation zu Generation weitergegeben. Wer sich davon nicht befreit, wird niemals Herr seiner selbst werden, ist leicht zu manipulieren und verkommt zu einem folgsamen und obrigkeitshörigen Opfer.

**Unser Freiheitskampf ist sehr lang, anstrengend und kräftezehrend. Woraus schöpfen Sie Kraft und Zuversicht?**

N.B.: In den vergangenen Jahren bin ich sehr gottgläubig geworden. Ich befinde mich schon mein Leben lang auf Selbst- und Wahrheitsfindung sowie auf der Suche nach einem höheren Sinn und habe viel ausprobiert, lebte zum Beispiel mal sieben Monate bei Ayahuasca-Schamanen im Amazonasregenwald, bin dabei tief in deren spirituelle Praktiken eingetaucht. Gelandet bin ich letztlich beim unspektakulären Christentum. Warum? Weil es sich für mich einfach richtig anfühlt. Ich bete oft, was mir viel Kraft gibt. Ganz wichtig sind zudem meine Freunde, die ähnlich ticken wie ich, obwohl die Hälfte von ihnen »geimpft« ist. Aber kaum einer von ihnen hat sich die Spritzen aus Überzeugung abgeholt.

**Manche wurden mit Bratwürsten geködert, die meisten wohl mit dem Versprechen, sie würden ihre Freiheit zurückbekommen. Herr Binner, Sie haben im Mai 2021 *getwittert*: »Wer sich impfen lässt, nur um seine Freiheit wieder zu bekommen, der hat sie schon längst verloren.«**

N.B.: Allein diese Bratwurstaktionen beweisen: Wir hatten zu keinem Zeitpunkt eine Pandemie! Bei einer schlimmen und lebensbedrohlichen Seuche würden die Leute freiwillig Schwänze lutschen für eine Impfung, die müsste man nicht mit einer Bratwurst bestechen.

**Nach den neuesten Plänen von Krankheitsminister Lauterbach müsste man sich für seine vermeintliche Freiheit sogar alle drei Monate »impfen« lassen. Ab an die Nadel?**

N.B.: Lauterbach ist für mich ein Psychopath. Aufregen kann ich mich über solche Dinge allerdings nicht mehr. Ich finde es mittlerweile nur noch witzig. Sollen sich doch alle, die es wollen, weiter »impfen« lassen – alle zwei Wochen, ach nein, warum nicht gleich alle sieben Tage? Ich möchte sehen, wer diesen Unfug dann immer noch mitmacht.

**Wie geht unser Kampf für Freiheit und Demokratie weiter?**

N.B.: Ich glaube, es geht gar nicht so sehr darum, gegen die Agenda des *Great Reset* anzukämpfen. Viel wichtiger ist: Wir müssen endlich aufhören mitzumachen! Die wenigsten Menschen folgen der Politik aus Überzeugung, die meisten tun es, weil sie von ihrer Angst getrieben werden. Diese müssen sie ablegen und ihre Gefolgschaft verweigern. Dann wird die Herrschaft in sich zusammenfallen. Für mich steht fest: Ich werde mir keine Maske mehr aufsetzen. Notfalls fahre ich zum Einkaufen 40 Kilometer bis zum nächsten Bauern.

**Herr Binner, wir danken Ihnen für das Gespräch.**



# Wir sind die Vierte Gewalt

***Die Beitragspflicht für den öffentlichen Rundfunk ist aktuell eine wichtige Forderung aus der Demokratiebewegung.***

KOMMENTAR von Jimmy C. Gerum




*Die Demokratiebewegung fordert eine freie und unabhängige Medienlandschaft.* Foto: Sandra Doornbos

**Seit acht Monaten übt unsere Initiative Leuchtturm *ARD ORF SRG* tiefgehende Kritik am öffentlichen Rundfunk. Wir Beitragszahler vermissen schmerzlich die im Medienstaatsvertrag verankerte Multipolarität, Ausgewogenheit und Staatsferne bei der Berichterstattung.**

Die zunehmende Einflussnahme durch staatliche oder sonstige Interessengruppen im Laufe der Jahrzehnte lässt sich in vielen akademischen Untersuchungen nachweisen. Die Kontrollgremien versagen. Bereits bei der Gründung der *ARD* 1950 war diese Institution an funktionelle Verpflichtungen gebunden, die nicht in allen Punkten einer neutralen und unabhängigen Berichterstattung entsprechen.

Aber die Welt drehte sich weiter. Wir leben heute in der Mitte einer angespannten politischen Krise, die mit wachsender Verzweiflung vieler Betroffener nach einer Lösung ringt. Die Bedeutung und Verantwortung einer unabhängigen Berichterstattung kann in einer solchen Situation nicht hoch genug eingeschätzt werden. Unsere heutige Realität wird bestimmt von einer multimedialen Informationsflut, die ganz eigene Gesetzmäßigkeiten hervorgebracht hat. Ein auffälliges Merkmal bildet eine weltanschauliche Spaltung der Gesellschaft. Viele alternativen Medien im Internet gewannen in den letzten Jahren Vertrauen und damit vermehrt Einfluss auf das Denken und das Weltbild wachsender Bevölkerungsgruppen. Diese Weltbilder unterscheiden sich wesentlich von denen, die in den Leitmedien im Vordergrund stehen. So entstand eine Parallelgesellschaft, die sich bei vielen Themen manipuliert fühlt und zunehmend mit großer Emotionalität eine Aufklärung fordert. Es entstehen unterdrückte Wahrheiten und künstliche Narrative, die oftmals mit ausgeklügelten Kampagnen in die öffentliche Meinung eingebracht werden.

### DER KRIEG UM INFORMATIONEN

Wir leben im Informationszeitalter und die Informationen sind es, die unsere Lebenswirklichkeiten bestimmen. Wir befinden uns in einem Krieg um diese Informationen. Wir erkennen hier die Bedeutung und unseren Zugriff auf den öffentlichen Rundfunk in Deutschland. Dieser Zugriff besteht in seiner Finanzierung durch die Beitragspflicht jedes einzelnen Bürgers. Damit steht dieser Milliarden-Medienkonzern im Grunde außerhalb der Gesetzmäßigkeiten dieses Informationskrieges. Wie konnte es also dazu kommen, dass *ARD* und *ZDF* trotzdem von einseitigen Interessengruppen vereinnahmt werden konnte? Meine lösungsorientierte Frage ist jedoch eine andere: Ist es möglich diese Vereinnahmung rückgängig zu machen? Ist es möglich Mechanismen zu schaffen, die Transparenz und Kontrolle in nie gedachtem Ausmaß herstellen könnten?

Leuchtturm *ARD ORF SRG* hat die mutige Vision alle diese Fragen mit JA zu beantworten. Dieses JA könnte unsere parallelen Gesellschaften wieder zusammenführen. Diese Vision versuchten Demokraten mit ihren bundesweiten Medien Mahnwachen seit sechs Wochen zu verwirklichen. Wir führen den Protest mit einem legalen Zahlungsstopp der Rundfunkbeiträge an, dem bisher circa 300.000 Bürger beigetreten sind. Aber wir appellieren gleichzeitig an unser aller Vernunft, um die herausragende Bedeutung dieses beitragsfinanzierten Konstruktes zu erkennen.

Unsere friedensbewegten Mahnwachen vor allen Medienhäusern dieser Republik suchen den direkten Dialog mit Redakteuren und Journalisten und verzeichnen bereits erste Erfolge mit konstruktiven und vertrauensvollen Gesprächen. Die kritische Auseinandersetzung mit den Fehlentwicklungen und die Begegnung auf Augenhöhe können das Fundament schaffen für die gemeinsame Gestaltung einer lebenswerten Zukunft.

Mehr Informationen unter *leuchtturmard.de*





## VON DER GOTTESFURCHT DES FLASCHENVERMESSERS

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

***von Dr. Gert Zenker***

**Phobien haben einen negativen Klang, gemeinhin gelten sie als krankheitswertig: Klaustrophobie, Logophobie, Pyrophobie, Homophobie und so weiter, nicht zuletzt gehört auch die gegenwärtige Virusphobie in diese Reihe.**

Diese eine Furcht aber ist unumgänglich, irdischen Angstszenarien nicht vergleichbar: die Gottesfurcht. Gott ist kein dummer Junge, den man nach Belieben lästern und zum Nichts machen kann. Er ist barmherzig, hat viel Geduld, aber Er lässt sich nicht spotten.

»Die Furcht des Herrn ist der Anfang der Erkenntnis« (Sprüche 1,7; 14,27; Psalm 111,10; Apg 9,31 und öfter). Wer keine Gottesfurcht hat, keinen heiligen Begriff von Gott, vom Höchsten, was ein Mensch zu denken vermag, kommt nicht zur Erkenntnis, versperrt sich selbst den Weg, er weiß ja gar nicht, wovon er redet, wenn er »Gott« sagt. Aus den menschlichen Erkenntnisbemühungen just die Theologie, die Beschäftigung mit dem Gotteswort, ausgrenzen zu wollen, in der es doch um die höchste Erkenntnis geht, ist eine große Torheit.

Im Grunde zieht der Ehrfurchtslose, der Spötter des Glaubens nur über seine eigene Gottesvorstellung her, bespöttelt sich selbst, sein eigenes Denken. Auch Kirchenkritik hat ihre Grenzen, wenn mit dem Hinweis auf das Versagen von Kirche zugleich auch das Gottvertrauen und Gott selbst über Bord geworfen, das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird.

Mit der Erkenntnis ist es so (hier variiere ich das Gleichnis eines Freundes): wie mit einer Flasche, die schlicht Trinkwasser enthält. Kommt einer, ein Experte seines Fachs, sagen wir ein Flaschenvermesser, und nimmt die äußeren Maße: die Länge, den Umfang, betrachtet die Form der Flasche, den Bauch und ihren Hals. Das heißt dann »Erkenntnis«.

Ein anderer, der lange durch die Wüste gelaufen ist, macht sich über Maße und äußere Form keine Gedanken, auch nicht über die Materie der Flasche (das Glas). Ihn interessiert nur der Inhalt, die Substanz. Er trinkt aus der Flasche und erkennt: das Wasser des Lebens (Johannes 4).

Dr. theol. Gert Rudolf Zenker. Theologe und Literat. Herausgeber der WendeBlätter 2020.

## POP POP

Von Nicolas Riedl

### KEIN ZIEGEL IN DER NEUEN MAUER ZWISCHEN OST UND WEST

Mit einer glasklaren Stellungnahme bei *Capital & Celeb News* ließ der britische Sänger Roger Waters Twitter und Tagespresse toben: »Zunächst einmal schürt Joe Biden das Feuer in der Ukraine – das ist ein großes Verbrechen. Warum ermutigen die USA Selenskyj nicht zu Verhandlungen, um diesen schrecklichen Krieg zu beenden.

Wann hat dieser Krieg angefangen? Dazu muss man nur die Geschichte betrachten! Die Nato bricht hier ihr Versprechen, das sie Gorbatschow gab, als der Rückzug der UdSSR aus ganz Osteuropa ausgehandelt wurde. Die Amerikaner waren keine Befreier. Sie sind wegen Pearl Harbor in den Zweiten Weltkrieg geraten. Gott sei Dank hatten die Russen den blutigen Krieg zu diesem Zeitpunkt bereits gewonnen. 23 Millionen Russen starben, um Sie und mich vor den Nazis zu schützen! Ich würde vorschlagen, dass Sie ein bisschen mehr lesen, sich bilden und sich dann fragen, was die USA tun würden, wenn die Chinesen nuklear bewaffnete Raketen in Mexiko und Kanada stationieren würden!«

# Die Geschichte ist auf unserer Seite

*Von Anselm Lenz*

**Dass der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, auf Grund läuft, wissen wir spätestens seit dessen feierlichem Crash-Jahr 2009.**

Die Wirklichkeit des Lebens im Spätkapitalismus untersuchte und beschrieb ich in den Folgejahren mit meiner Berliner Autorengruppe »Haus Bartleby« (u. a. Edition Nautilus, Hamburg). Es war ein dreckiger »Job«, aber jemand musste ihn tun. Wie ist es, als Twen und Thirtysomething in Westeuropa zu leben, wenn die Dekaden echter Prosperität noch vor das eigene Geburtsdatum fallen? Halbierte Gehälter; junge Menschen in Praktika ohne Ende; »alte« Arbeitsverträge und »neue« 6-Monats-Verträge.

Solide Familiengründung im neuen Europa? Ein bißchen Eigentum aus eigener Kraft gar? Keine Chance für niemand. – Wer macht ein Angebot? In der Tageszeitung *Taz*, damals bereits weitgehend gleichgeschaltet, rutschte 2015 in einer Sonntagsschicht mein vielbeachteter Essay zum Zustand der Linksliberalen durch. Huch:

»Die Intelligenz Europas und die neoliberale Ideologie sind eine verheerende Mesalliance eingegangen. Ohne es sich bewusst zu machen, haben Linksliberale (hey, das sind ja wir – ja, Sie sind gemeint) das Ende der Demokratie mit postmoderner Weltverleugnung protegiert. Wir sollten uns entscheiden: Entweder machen Sie sich zunehmend prekarisiert, aber weiterhin wellnessorientiert zur



*Bilder von Friedensnobelpreisträgern im Berliner Mauerpark.*
*Foto: Victorlandetamatia*

Mittäterin; oder Sie schauen den Verbrechen des Neoliberalismus ins Antlitz und freunden sich mit dem Gedanken an eine seriös formulierte Revolution an.«

Das Modellprojekt des Kapitalismustribunals entstand daraufhin mit dem Ziel der öffentlichen Abstimmung notwendiger Reformen; ein sozialer und freier *New Deal* »von unten«. Führende Parteifunktionäre erhofften sich neue Wähler und neuen Schwung durch uns von der freischwebenden Intelligenz – und wanzten sich ran.

Doch als die überbezahlten Pest*schnuckis feststellten, dass die Verhandlungen ergebnisoffen verlaufen und zum Beispiel die Verbrechen an Julian Assange verhandelt werden, verrieten uns unsere »Stiftungen« – ganz so, wie heutzutage den Berliner Volksentscheid. Eine der höchsten Preisnominierungen erhielt das Kapitalismustribunal trotzdem. Seither bin ich als Schriftsteller, Dramaturg und Journalist Nestroy-Akademiemitglied auf Lebenszeit. Aber die Schnuckis werden einen Weg finden, mir alle Meriten abzuknöpfen. Siegen werden wir trotz all solcher Frevel (und sogar deshalb).

Aktuell als Podcast von Anselm Lenz auf dem Journalistenportal apolut.net: »Der kommende Aufstand.« Oscar Wilde: »Die Seele des Menschen im Sozialismus«, mit einem Vorwort von Anselm Lenz, Edition Nautilus, Hamburg 2017.

# SPORT MIT BERTHOLD

## GELD SCHIESST TORE

**Wieviel mehr Fussballromantik braucht eine Liga? Zwei Spieltage Bundesliga und das Spitzentandem der zurückliegenden 25 Jahre liegt schon auf den Plätzen 1 und 2.**

Für mich steht der alte, neue Meister schon fest. Der FC Bayern hat 30 Jahre lang viel besser gewirtschaftet als die anderen Clubs. Borussia Dortmund stand vor der Insolvenz. Wenn die Anleger des Immobilienfonds, der damals das Stadion besaß, den Daumen gesenkt hätten, gäbe es den Verein vielleicht nicht mehr. Wer folgt den Bayern? Bayer, Red Bull, auch Wolfsburg hatten Phasen in der Champions League. In allen Fällen gibt es einen Mutterkonzern, durch CL-Einnahmen wird der finanzielle Vorsprung weiter ausgebaut. Ausnahmen wie den SC Freiburg, die Eintracht und Gladbach wird es immer wieder geben. Dann haben wir noch die TSG Hoffenheim: Kein typischer Club, die Mitglieder haben ein Mitspracherecht. Am Ende der Saison will der Fan unsere Clubs öfter international siegen sehen: Ohne Veränderung der 50+1-Regel und Auslandsvermarktung wird man sich mit der Lage, wie sie ist, abfinden müssen.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

# Grundgesetz

***Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:***

**Artikel 1**
**(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.**
**(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.**
**(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.**

**Artikel 2**
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

**Artikel 3**
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

**Artikel 4**
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

**Artikel 5**
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

**Artikel 6**
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

**Artikel 7**
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

**Artikel 8**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

**Artikel 9**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

**Artikel 10**
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

**Artikel 11**
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

**Artikel 12**
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

**Artikel 12a**
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

**Artikel 13**
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

**Artikel 14**
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

**Artikel 15**
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

**Artikel 16**
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

**Artikel 16a**
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

**Artikel 17**
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

**Artikel 17a**
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

**Artikel 18**
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

**Artikel 19**
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

**Artikel 20**
**(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.**
**(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.**
**(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.**
**(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

»ES GEHÖRT OFT MEHR MUT DAZU, SEINE MEINUNG ZU ÄNDERN, ALS IHR TREU ZU BLEIBEN.« FRIEDRICH HEBBEL

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

**Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND»** (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 101. Ausgabe ab Samstag, 20. August 2022. | Redaktionsschluss war am 18. August | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX**.

**Chefredakteur:** Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi. **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa. **Ressortleitung Naturwissenschaft:** Markus Fiedler. **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel. **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Hannes Henkelmann, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Luca Wagner, Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

**Herausgegeben** von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.